

Overwegende dat de betrokken weggedeelten zich in een goede staat bevinden zoals blijkt uit het attest van goede staat van de gemeente Knokke-Heist van 22 februari 2018;

Op voorstel van de Vlaamse minister van Mobiliteit, Openbare Werken, Vlaamse Rand, Toerisme en Dierenwelzijn;  
Na beraadslaging,

Besluit :

**Artikel 1.** de gewestweg N34-Elisabetlaan (lengte: 120,40 meter + 187,24 meter), N34-ventwegen Nicolas Mengélaan (156,36 meter) en Graaf d'Ursellaan (462,83 meter), volgens plan 1M3D8J G 120724 00, gelegen op het grondgebied van de gemeente Knokke-Heist, worden ingedeeld bij de gemeentewegen.

**Art. 2.** De Vlaamse minister, bevoegd voor het mobiliteitsbeleid, de openbare werken en het vervoer, is belast met de uitvoering van dit besluit.

Brussel, 8 juni 2018.

De minister-president van de Vlaamse Regering,  
G. BOURGEOIS

De Vlaamse minister van Mobiliteit, Openbare Werken, Vlaamse Rand, Toerisme en Dierenwelzijn,  
B. WEYTS

—————  
TRADUCTION

AUTORITE FLAMANDE

[C – 2018/40234]

**8 JUIN 2018. — Arrêté du Gouvernement flamand portant classification dans les routes communales de la route régionale N34-Elisabetlaan (longueur : 120,40 mètres + 187,24 mètres), N34-contre-allées Nicolas Mengélaan (156,36 mètres) et Graaf d'Ursellaan (462,83 mètres) sur le territoire de la commune de Knokke-Heist**

LE GOUVERNEMENT FLAMAND,

Vu le décret communal du 15 juillet 2005, l'article 192, modifié par le décret du 29 juin 2012 modifiant le décret communal du 15 juillet 2005 ;

Vu la décision du 22 février 2018 du conseil communal de la commune de Knokke-Heist ;

Vu l'avis de l'Inspection des Finances, rendu le 3 mai 2018 ;

Considérant que les tronçons de route concernés n'ont plus qu'un intérêt local et que, par conséquent, ils ne doivent plus être conservés en tant que route régionale ;

Considérant que les tronçons de route concernés sont en bon état, tel qu'il ressort de l'attestation de bon état de la commune de Knokke-Heist du 22 février 2018 ;

Sur la proposition du Ministre flamand de la Mobilité, des Travaux publics, de la Périphérie flamande de Bruxelles, du Tourisme et du Bien-être des Animaux ;

Après délibération,

Arrête :

**Article 1<sup>er</sup>.** La route régionale N34-Elisabetlaan (longueur : 120,40 mètres + 187,24 mètres), N34-contre-allées Nicolas Mengélaan (156,36 mètres) et Graaf d'Ursellaan (462,83 mètres), selon le plan 1M3D8J G 120724 00, situées sur le territoire de la commune de Knokke-Heist, sont classées dans les routes communales.

**Art. 2.** Le Ministre flamand ayant la politique de la mobilité, les travaux publics et les transports dans ses attributions est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Bruxelles, le 8 juin 2018.

Le Ministre-Président du Gouvernement flamand,  
G. BOURGEOIS

Le Ministre flamand de la Mobilité, des Travaux publics, de la Périphérie flamande de Bruxelles,  
du Tourisme et du Bien-Être des Animaux,  
B. WEYTS

---

## DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2018/203147]

**28. MAI 2018 — Dekret zur AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung**

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

KAPITEL 1 — *Allgemeine Bestimmungen*

**Artikel 1** - Das vorliegende Dekret legt verschiedene Maßnahmen fest, um die Arbeitslosigkeit im deutschen Sprachgebiet zu bekämpfen und insbesondere jenen Menschen eine Chance auf dem Arbeitsmarkt und auf einen vollwertigen Arbeitsvertrag zu geben, die eine arbeitsmarktrelevante oder individuelle Beeinträchtigung aufweisen. Diese Maßnahmen bestehen aus finanziellen Anreizen zur Förderung von Ausbildung und Einstellung sowie zur Sicherung von Arbeitsplätzen.

**Art. 2** - Personenbezeichnungen im vorliegenden Dekret gelten für alle Geschlechter.

**Art. 3** - Für die Anwendung des vorliegenden Dekrets versteht man unter:

1. Arbeitsamt: das Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
2. ÖSHZ: öffentliche Sozialhilfezentren mit Sitz im deutschen Sprachgebiet;
3. nichtbeschäftigter Arbeitsuchender: natürliche Person, die:
  - a) beim Arbeitsamt als nichtbeschäftigter Arbeitsuchender eingetragen ist;
  - b) ihren Wohnsitz im deutschen Sprachgebiet hat;
  - c) nicht der Schulpflicht unterliegt;
  - d) nicht das gesetzliche Pensionsalter erreicht hat;

4. Dauer der Eintragung beim Arbeitsamt: der Zeitraum, der am Tag der Eintragung als nichtbeschäftigter Arbeitsuchender beginnt und während dessen der nichtbeschäftigte Arbeitsuchende weder der Anwendung des Gesetzes vom 27. Juni 1969 zur Revision des Erlassgesetzes vom 28. Dezember 1944 über die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer unterliegt noch Arbeitsleistungen unter der Autorität einer anderen Person erbringt noch statutarisches Personalmitglied ist noch eine hauptsächliche Aktivität als Selbstständiger ausübt;

5. AktiF-Berechtigte: die in Kapitel 2 Abschnitt 1 beschriebenen nichtbeschäftigten Arbeitsuchenden, die die jeweiligen dort erwähnten Bedingungen erfüllen;

6. AktiF PLUS-Berechtigte: die in Kapitel 2 Abschnitt 2 beschriebenen nichtbeschäftigten Arbeitsuchenden, die die dort erwähnten Bedingungen erfüllen;

7. AktiF-Zuschuss: der Zuschuss, der dem Arbeitgeber jeweils für die Beschäftigung von AktiF-Berechtigten gewährt werden kann;

8. AktiF PLUS-Zuschuss: der Zuschuss, der dem Arbeitgeber jeweils für die Beschäftigung von AktiF PLUS-Berechtigten gewährt werden kann;

9. Bescheinigung: das Dokument des Arbeitsamtes, das bescheinigt, dass der nichtbeschäftigte Arbeitsuchende die in Kapitel 2 erwähnten Zuschussbedingungen für AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigte erfüllt, und zwar:

- a) zum Zeitpunkt der Ausstellung der Bescheinigung, insofern der nichtbeschäftigte Arbeitsuchende noch nicht eingestellt wurde, oder
- b) am Vortag des Arbeitsantritts oder des Beginns einer in Artikel 9, 12 oder 13 erwähnten Maßnahme.

Die Regierung kann festlegen:

1. wer einem nichtbeschäftigten Arbeitsuchenden im Sinne von Absatz 1 Nummer 3 gleichzusetzen ist;
2. was einer in Absatz 1 Nummer 4 erwähnten Dauer der Eintragung beim Arbeitsamt gleichzusetzen ist;
3. was unter einer hauptsächlichen Aktivität als Selbstständiger zu verstehen ist;
4. welche die Gültigkeitsdauer der in Absatz 1 Nummer 9 erwähnten Bescheinigung ist.

## KAPITEL 2 — Zuschussbedingungen

### Abschnitt 1 — AktiF-Berechtigte

#### Unterabschnitt 1 — Jugendliche Arbeitsuchende

**Art. 4** - Unbeschadet des Absatzes 2 kann die Regierung einen AktiF-Zuschuss gewähren für die Beschäftigung von nichtbeschäftigten Arbeitsuchenden, die:

1. höchstens 25 Jahre alt sind;
2. höchstens im Besitz:
  - a) eines Abschlusszeugnisses der Oberstufe des Sekundarunterrichts sind und keiner Ausbildung folgen, die in den folgenden drei Monaten zum Erhalt eines höheren Zeugnisses führt, oder
  - b) eines Gesellenzeugnisses der in Artikel 7 des Dekrets vom 16. Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen erwähnten Lehre sind und keiner Lehre folgen, die in den folgenden drei Monaten zum Erhalt eines höheren Zeugnisses führt, oder
  - c) eines gleichwertigen Zeugnisses wie unter den Buchstaben a) und b) eines anderen Teilstaates oder eines anderen Staates sind;
3. eine Dauer der Eintragung beim Arbeitsamt von mindestens sechs Monaten vorweisen.

Die Regierung kann einen AktiF-Zuschuss gewähren für die Beschäftigung von nichtbeschäftigten Arbeitsuchenden, die:

1. höchstens 25 Jahre alt sind;
2. weder im Besitz:
  - a) eines Abschlusszeugnisses der Oberstufe des Sekundarunterrichts sind und keiner Ausbildung folgen, die in den folgenden drei Monaten zum Erhalt eines solchen Zeugnisses führt, noch
  - b) eines Gesellenzeugnisses der in Artikel 7 des Dekrets vom 16. Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen erwähnten Lehre sind und keiner Lehre folgen, die in den folgenden drei Monaten zum Erhalt eines solchen Zeugnisses führt, noch
  - c) eines gleichwertigen Zeugnisses wie unter den Buchstaben a) und b) eines anderen Teilstaates oder eines anderen Staates sind.

Die Regierung kann zusätzliche Bedingungen für die Gewährung des in den Absätzen 1 und 2 erwähnten Zuschusses festlegen.

#### Unterabschnitt 2 — Ältere Arbeitsuchende

**Art. 5** - Die Regierung kann einen AktiF-Zuschuss gewähren für die Beschäftigung von nichtbeschäftigten Arbeitsuchenden, die:

1. mindestens 50 Jahre alt sind;

2. die letzte Arbeitsstelle unfreiwillig verloren haben.

Die Regierung kann:

1. festlegen, was unter "unfreiwillig verlorener Arbeitsstelle" im Sinne des vorliegenden Artikels zu verstehen ist;
2. zusätzliche Bedingungen für die Gewährung des in Absatz 1 erwähnten Zuschusses festlegen.

#### Unterabschnitt 3 — Langzeitarbeitsuchende

**Art. 6** - Die Regierung kann einen AktiF-Zuschuss gewähren für die Beschäftigung von nichtbeschäftigten Arbeitsuchenden, die eine Dauer der Eintragung beim Arbeitsamt von mindestens zwölf Monaten vorweisen.

Die Regierung kann zusätzliche Bedingungen für die Gewährung des in Absatz 1 erwähnten AktiF-Zuschusses festlegen.

#### Unterabschnitt 4 — Opfer von Umstrukturierungen

**Art. 7** - Die Regierung kann einen AktiF-Zuschuss gewähren für nichtbeschäftigte Arbeitsuchende, die in Anwendung von Artikel 31 des Gesetzes vom 23. Dezember 2005 über den Solidaritätspakt zwischen den Generationen im Rahmen einer Umstrukturierung entlassen wurden, oder für nichtbeschäftigte Arbeitsuchende, die im Rahmen des Konkurses, der Schließung oder der Auflösung eines Unternehmens entlassen wurden.

Die Regierung kann zusätzliche Bedingungen für die Gewährung des in Absatz 1 erwähnten Zuschusses festlegen.

#### Abschnitt 2 — AktiF PLUS-Berechtigte

**Art. 8** - Die Regierung kann einen AktiF PLUS-Zuschuss gewähren für die Beschäftigung von nichtbeschäftigten Arbeitsuchenden, die mindestens zwei Vermittlungshemmnisse aufweisen.

Als Vermittlungshemmnisse im Sinne von Absatz 1 gelten:

1. das Aufweisen einer verminderten Arbeitsfähigkeit;
2. das Vorweisen einer Dauer der Eintragung beim Arbeitsamt von mindestens 24 Monaten;
3. das Fehlen eines Abschlusszeugnisses der Oberstufe des Sekundarunterrichts bzw. eines Gesellenzeugnisses der in Artikel 7 des Dekrets vom 16. Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen erwähnten Lehre oder eines gleichwertigen Zeugnisses eines anderen Teilstaates oder eines anderen Staates;
4. das Nicht-Erreichen des Niveaus B1 gemäß dem Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen für Sprachen sowohl in Deutsch als auch in Französisch.

Die Regierung:

1. legt fest, was unter verminderteter Arbeitsfähigkeit im Sinne des vorliegenden Artikels zu verstehen ist;
2. legt die Modalitäten zur Überprüfung dieser Vermittlungshemmnisse fest;
3. kann zusätzliche Bedingungen für die Gewährung des in Absatz 1 erwähnten Zuschusses festlegen.

**Art. 9** - In Abweichung von Artikel 8 kann die Regierung eine Liste von Maßnahmen zur sozial-beruflichen Integration festlegen. Nach der Teilnahme eines AktiF PLUS-Berechtigten an einer dieser Maßnahmen wird einem Arbeitgeber ein AktiF PLUS-Zuschuss gewährt, ohne dass der AktiF PLUS-Berechtigte nach Abschluss der vorerwähnten Maßnahme erneut in Besitz der Bescheinigung ist, unter der Bedingung, dass:

1. der AktiF PLUS-Berechtigte innerhalb von 30 Tagen nach Beginn der vorerwähnten Maßnahme im Besitz der Bescheinigung ist und
2. der Arbeitgeber den AktiF PLUS-Berechtigten innerhalb von sechs Monaten nach der Teilnahme an der vorerwähnten Maßnahme einstellt.

Die Regierung legt die Mindestdauer der Teilnahme an der in Absatz 1 erwähnten Maßnahme fest.

### KAPITEL 3 — Allgemeine Zuschüsse

#### Abschnitt 1 — Anwendungsbereich

**Art. 10** - Für die Anwendung des vorliegenden Kapitels versteht man unter Arbeitgeber jede natürliche oder juristische Person, die einen AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten unter seiner Verantwortung und Autorität beschäftigt und entlohnt und einen Zuschuss im Rahmen des vorliegenden Dekrets und seinen Ausführungserlassen erhält.

Die Bestimmungen des vorliegenden Kapitels sind nicht anwendbar auf Arbeitgeber, die:

1. Arbeitnehmer im Rahmen von Leiharbeitsverträgen gemäß Kapitel II des Gesetzes vom 24. Juli 1987 über die zeitweilige Arbeit, die Leiharbeit und die Arbeitnehmerüberlassung beschäftigen;
2. nicht in den Anwendungsbereich des Gesetzes vom 27. Juni 1969 zur Revision des Erlassgesetzes vom 28. Dezember 1944 über die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer fallen.

#### Abschnitt 2 — Dauer, Höhe und Auszahlung des Zuschusses

**Art. 11** - § 1 - Im Rahmen der zu diesem Zweck verfügbaren Haushaltsmittel kann die Regierung im Rahmen des vorliegenden Kapitels folgende Zuschüsse gewähren:

1. einen AktiF-Zuschuss für eine nicht erneuerbare Dauer von zwei Jahren;
2. einen AktiF PLUS-Zuschuss für eine nicht erneuerbare Dauer von drei Jahren.

§ 2 - Der in § 1 Nummer 1 erwähnte AktiF-Zuschuss beträgt 500 Euro pro Monat.

Ab dem 13. vollständigen Monat, der dem Monat des Arbeitsantritts folgt, beträgt der AktiF-Zuschuss 300 Euro pro Monat.

§ 3 - Der in § 1 Nummer 2 erwähnte AktiF PLUS-Zuschuss beträgt 1.000 Euro pro Monat.

Ab dem 13. vollständigen Monat, der dem Monat des Arbeitsantritts folgt, beträgt der AktiF PLUS-Zuschuss 600 Euro pro Monat.

Ab dem 25. vollständigen Monat, der dem Monat des Arbeitsantritts folgt, beträgt der AktiF PLUS-Zuschuss 300 Euro pro Monat.

§ 4 - Die Regierung kann weitere Bezuschussungsmodalitäten festlegen.

**Art. 12** - Ist ein AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigter innerhalb von 30 Tagen nach Beginn einer verordnungsrechtlichen Ausbildungsmaßnahme im Besitz der Bescheinigung und wird er im Anschluss an diese Ausbildungsmaßnahme beim selben Arbeitgeber beschäftigt, ist eine Bescheinigung für die Gewährung des in Artikel 11 erwähnten Zuschusses nicht erneut erforderlich.

**Art. 13** - § 1 - Wird ein AktiF-Berechtigter im Anschluss an eine von der Regierung festgelegte Ausbildungsmaßnahme beim selben Arbeitgeber beschäftigt, beträgt der AktiF-Zuschuss während der gesamten in Artikel 11 Nummer 1 erwähnten Dauer 500 Euro pro Monat, insofern der AktiF-Berechtigte innerhalb von 30 Tagen nach Beginn der Ausbildungsmaßnahme im Besitz der Bescheinigung ist.

§ 2 - Wird ein AktiF PLUS-Berechtigter im Anschluss an die in § 1 erwähnte Ausbildungsmaßnahme beim selben Arbeitgeber beschäftigt, beträgt der AktiF PLUS-Zuschuss 1.000 Euro pro Monat, insofern der AktiF PLUS-Berechtigte innerhalb von 30 Tagen nach Beginn der Ausbildungsmaßnahme im Besitz der Bescheinigung ist.

Ab dem 25. vollständigen Monat, der dem Monat des Arbeitsantritts folgt, beträgt der AktiF PLUS-Zuschuss 600 Euro pro Monat.

In Abweichung von Absatz 1 kann die Regierung den in den Absätzen 1 und 2 erwähnten AktiF PLUS-Zuschuss gewähren, ohne dass der AktiF PLUS-Berechtigte zu Beginn der in Absatz 1 erwähnten Ausbildungsmaßnahme im Besitz der Bescheinigung ist, wenn er diese Ausbildungsmaßnahme im Anschluss an die in Artikel 9 erwähnte Maßnahme beginnt oder spätestens innerhalb der sechs darauffolgenden Monate.

§ 3 - Für die Anwendung der §§ 1 und 2 kann der AktiF- oder AktiF PLUS-Zuschuss nur gewährt werden, wenn der AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigte die dort erwähnte Ausbildungsmaßnahme bis zum Ende durchlaufen hat.

§ 4 - Die Regierung kann für die Anwendung des vorliegenden Artikels besondere Modalitäten für die Personen festlegen, die vor Inkrafttreten des vorliegenden Dekrets eine in § 1 erwähnte Ausbildungsmaßnahme begonnen haben und zu diesem Zeitpunkt die in Kapitel 2 erwähnten Bedingungen erfüllten.

**Art. 14** - § 1 - Die in Artikel 11 erwähnten Zuschüsse werden ab dem Monat des Arbeitsantritts monatlich als rückforderbarer Vorschuss durch die Regierung gezahlt.

Für die Anwendung des vorliegenden Kapitels gilt als Arbeitsantritt der Tag, an dem:

1. der AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigte tatsächlich eingestellt wird;
2. ein schriftlicher Arbeitsvertrag gemäß dem Gesetz vom 3. Juli 1978 über die Arbeitsverträge abgeschlossen ist;
3. die entsprechende Erklärung gemäß Artikel 4 des Königlichen Erlasses vom 5. November 2002 zur Einführung einer unmittelbaren Beschäftigungsmeldung in Anwendung des Artikels 38 des Gesetzes vom 26. Juli 1996 zur Modernisierung der sozialen Sicherheit und zur Sicherung der gesetzlichen Pensionsregelungen eingereicht wurde.

§ 2 - Die monatlichen Zuschüsse entsprechen dem Resultat der Multiplikation des entsprechenden Zuschusses mit der Bruchzahl, deren Nenner die Anzahl Werkzeuge des Monats entsprechend dem anzuwendenden Arbeitszeitregime darstellt und deren Zähler die Anzahl tatsächlicher oder gleichgestellter Arbeitstage, für die der Arbeitgeber ein Gehalt gezahlt hat, darstellt.

Im Fall einer Teilzeitbeschäftigung werden die Zuschüsse jeweils auf Grundlage der Arbeitsdauer im Verhältnis zu einer Vollbeschäftigungszeit beim betreffenden Arbeitgeber gekürzt.

Zur Anpassung an die verfügbaren Haushaltsmittel kann die Regierung die AktiF- und AktiF PLUS-Zuschüsse mit einem Koeffizienten multiplizieren.

§ 3 - Die Regierung kann weitere Modalitäten der Auszahlung und Indexierung der Zuschüsse festlegen.

**Art. 15** - Unbeschadet des Kapitels 6 endet die Gewährung des AktiF- oder AktiF PLUS-Zuschusses, wenn:

1. die in Artikel 11 § 1 erwähnte Dauer abgelaufen ist;
2. der Arbeitsvertrag beendet wird.

**Art. 16** - Arbeitgeber, die einen AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten einstellen, der im Jahr vor der Beschäftigung bei demselben Arbeitgeber oder bei einer mit ihm verbundenen Einrichtung beschäftigt war, mit Ausnahme von Arbeitnehmern, die beim selben Arbeitgeber oder bei einer mit ihm verbundenen Einrichtung im Rahmen einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme beschäftigt waren, werden nicht bezuschusst.

Die Regierung kann festlegen, was unter den in Absatz 1 erwähnten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu verstehen ist.

### *Abschnitt 3 — Antrags- und Beschwerdeverfahren*

**Art. 17** - Die Arbeitgeber können die Gewährung der Zuschüsse bei der Regierung beantragen. Der Antrag umfasst mindestens Informationen über den Arbeitgeber und den AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten sowie die Bescheinigung.

Die Regierung bestimmt:

1. die weiteren Elemente und Informationen, die der Antrag umfasst;
2. das Verfahren der Antragstellung und der Beschlussfassung.

**Art. 18** - Der Arbeitgeber, dessen Antrag abgelehnt wurde, kann Beschwerde bei der Regierung einreichen. Diese Beschwerde erfolgt per Einschreiben innerhalb eines Monats ab der Notifizierung des betreffenden Beschlusses.

Die Regierung kann die weiteren Modalitäten des Beschwerdeverfahrens festlegen.

KAPITEL 4 — *Besondere Zuschüsse**Abschnitt 1 — Projektgebundene Stellen*

## Unterabschnitt 1 — Anwendungsbereich

**Art. 19** - Für die Anwendung des vorliegenden Abschnitts versteht man unter Arbeitgeber folgende Einrichtungen, die einen AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten unter ihrer Verantwortung und Autorität beschäftigen und entlohnen:

1. die in Artikel 2 Nummer 2 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft erwähnten Einrichtungen;
2. die im Gesetz vom 27. Juni 1921 über die Vereinigungen ohne Gewinnerzielungsabsicht, die Stiftungen, die europäischen politischen Parteien und die europäischen politischen Stiftungen erwähnten Vereinigungen ohne Gewinnerzielungsabsicht und gemeinnützigen Stiftungen mit Sitz im deutschen Sprachgebiet, insofern sie Aufgaben in den Zuständigkeitsbereichen der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder in damit verbundenen Bereichen wahrnehmen, mit Ausnahme der Krankenhäuser.

## Unterabschnitt 2 — Dauer, Höhe und Auszahlung

**Art. 20** - Im Rahmen der zu diesem Zweck verfügbaren Haushaltsmittel kann die Regierung gemäß den von ihr festgelegten Bedingungen einen AktiF- oder AktiF PLUS-Zuschuss für eine erneuerbare Dauer von höchstens fünf Jahren gewähren, insofern der Arbeitgeber den AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten im Rahmen einer projektgebundenen Stelle beschäftigt.

Die Regierung bestimmt, was unter projektgebundener Stelle zu verstehen ist.

**Art. 21** - § 1 - Der in Artikel 20 erwähnte AktiF-Zuschuss beträgt im Fall einer Neueinstellung 1.000 Euro pro Monat.

Ab dem 13. vollständigen Monat, der dem Monat des Arbeitsantritts folgt, beträgt der AktiF-Zuschuss 917 Euro pro Monat.

§ 2 - Der in Artikel 20 erwähnte AktiF PLUS-Zuschuss beträgt im Fall einer Neueinstellung 1.833 Euro pro Monat.

Ab dem 13. vollständigen Monat, der dem Monat des Arbeitsantritts folgt, beträgt der AktiF PLUS-Zuschuss 1.750 Euro pro Monat.

§ 3 - Ist ein AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigter zu Beginn einer verordnungsrechtlichen Ausbildungsmaßnahme im Besitz der Bescheinigung und wird er im Anschluss an diese Ausbildungsmaßnahme beim selben Arbeitgeber beschäftigt, ist eine Bescheinigung für die Gewährung des AktiF- oder AktiF PLUS-Zuschusses nicht erneut erforderlich.

§ 4 - Die Regierung kann:

1. weitere Bezuschussungsmodalitäten festlegen;
2. festlegen, was unter Neueinstellung zu verstehen ist.

**Art. 22** - Die Gewährung und Auszahlung der in Artikel 21 erwähnten AktiF- und AktiF PLUS-Zuschüsse erfolgt gemäß den in den Artikeln 14 und 16 festgelegten Modalitäten und Bedingungen.

## Unterabschnitt 3 — Antragsverfahren

**Art. 23** - Die Arbeitgeber können die Gewährung der Zuschüsse bei der Regierung beantragen. Der Antrag umfasst mindestens Informationen über den Arbeitgeber, die Anzahl beantragter Stellen sowie eine Projektbeschreibung.

Die Regierung bestimmt:

1. die weiteren Elemente und Informationen, die der Antrag umfasst;
2. das Verfahren der Antragstellung und der Beschlussfassung;
3. das Beschwerdeverfahren.

*Abschnitt 2 — Konventionsstellen*

## Unterabschnitt 1 — Anwendungsbereich

**Art. 24** - Für die Anwendung des vorliegenden Abschnitts versteht man unter Arbeitgeber folgende Behörden, die einen AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten unter ihrer Verantwortung und Autorität beschäftigen und entlohnen:

1. die Gemeinden des deutschen Sprachgebiets;
2. die Gemeindevereinigungen, mit Ausnahme der Gemeindevereinigungen mit wirtschaftlicher Zielsetzung und der Containerparks mit Sitz im deutschen Sprachgebiet;
3. die autonomen Gemeinderegien mit Sitz im deutschen Sprachgebiet, die im Kultur-, Sport-, Tourismus- oder Freizeitbereich, im Unterrichtswesen, im sozialen, im wissenschaftlichen oder im Pflegebereich tätig sind;
4. die ÖSHZ, die Vereinigungen von ÖSHZ und die interkommunalen Sozialhilfezentren mit Sitz im deutschen Sprachgebiet;
5. die in Artikel 9 des Gesetzes vom 7. Dezember 1998 zur Organisation eines auf zwei Ebenen strukturierten integrierten Polizeidienstes erwähnten Mehrgemeindepolizeizonen.

Die Regierung kann den Anwendungsbereich auf andere Behörden erweitern.

## Unterabschnitt 2 — Dauer, Höhe und Auszahlung

**Art. 25** - Im Rahmen der zu diesem Zweck verfügbaren Haushaltsmittel kann die Regierung gemäß den von ihr festgelegten Bedingungen im Rahmen eines Abkommens mit dem Arbeitgeber ein Budget für die Beschäftigung von AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten gewähren. Innerhalb der Grenzen dieses Budgets kann die Regierung AktiF- oder AktiF PLUS-Zuschüsse gewähren. Die Laufzeit dieses Abkommens beträgt jeweils höchstens fünf Jahre und ist erneuerbar.

Die Regierung legt das den Arbeitgebern zur Verfügung stehende Budget insbesondere auf Grundlage der effektiven Inanspruchnahme von Wiederbeschäftigungsprogrammen durch diese Arbeitgeber im Rahmen von Artikel 6 § 1 IX Nummer 2 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen und/oder der Arbeitslosenzahlen in den Gemeinden eines Referenzmonats fest.

**Art. 26** - § 1 - Der in Artikel 25 Absatz 1 erwähnte AktiF-Zuschuss beträgt im Fall einer Neueinstellung 1.000 Euro pro Monat.

Ab dem 13. vollständigen Monat, der dem Monat des Arbeitsantritts folgt, beträgt der AktiF-Zuschuss 917 Euro pro Monat.

§ 2 - Der in Artikel 25 Absatz 1 erwähnte AktiF PLUS-Zuschuss beträgt im Fall einer Neueinstellung 1.833 Euro pro Monat.

Ab dem 13. vollständigen Monat, der dem Monat des Arbeitsantritts folgt, beträgt der AktiF PLUS-Zuschuss 1.750 Euro pro Monat.

§ 3 - Ist ein AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigter zu Beginn einer verordnungsrechtlichen Ausbildungsmaßnahme im Besitz der Bescheinigung und wird er im Anschluss an diese Ausbildungsmaßnahme beim selben Arbeitgeber beschäftigt, ist eine Bescheinigung für die Gewährung des AktiF- oder AktiF PLUS-Zuschusses nicht erneut erforderlich.

§ 4 - Die Regierung kann:

1. weitere Bezuschussungsmodalitäten festlegen;
2. festlegen, was unter Neueinstellung zu verstehen ist.

**Art. 27** - Das in Artikel 25 erwähnte Budget wird monatlich in Zwölfteilen als rückforderbarer Vorschuss durch die Regierung gezahlt.

Die Gewährung der AktiF- und AktiF PLUS-Zuschüsse erfolgt gemäß den in Artikel 16 festgelegten Bedingungen.

**Art. 28** - Das von der Regierung festgelegte Budget steht den in Artikel 24 Nummer 1 erwähnten Gemeinden zur vollständigen oder teilweisen Abtretung an andere Arbeitgeber, die eine Tätigkeit innerhalb der jeweiligen oder für die jeweilige Gemeinde ausüben, zur Verfügung. Diese Abtretung wird im gemäß Artikel 25 vorgesehenen Abkommen festgehalten.

Diese Abtretung umfasst alle Rechte und Pflichten der Gemeinde im Rahmen des vorliegenden Dekrets und dessen Ausführungserlassen.

#### KAPITEL 5 — *Unvereinbarkeiten*

**Art. 29** - Im Rahmen desselben Arbeitsvertrags können AktiF-Zuschüsse für die Beschäftigung eines AktiF-Berechtigten nicht miteinander kumuliert werden.

Im Rahmen desselben Arbeitsvertrags können AktiF PLUS-Zuschüsse für die Beschäftigung eines AktiF PLUS-Berechtigten nicht miteinander kumuliert werden.

Im Rahmen desselben Arbeitsvertrags können AktiF-Zuschüsse für die Beschäftigung eines AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten nicht mit AktiF PLUS-Zuschüssen kumuliert werden.

**Art. 30** - Werden dem Arbeitgeber AktiF- oder AktiF PLUS-Zuschüsse in Anwendung von Kapitel 3 gewährt, ist für denselben AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten ein Wechsel in den Anwendungsbereich von Kapitel 4 nicht möglich.

Werden dem Arbeitgeber AktiF- oder AktiF PLUS-Zuschüsse in Anwendung von Kapitel 4 gewährt, ist für denselben AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten ein Wechsel in den Anwendungsbereich von Kapitel 3 nicht möglich.

**Art. 31** - Die in Kapitel 3 und 4 erwähnten AktiF- und AktiF PLUS-Zuschüsse können nicht mit Subventionen kumuliert werden, die in Anwendung von Artikel 60 § 7 des Grundlagengesetzes vom 8. Juli 1976 über die öffentlichen Sozialhilfezentren gewährt werden.

**Art. 32** - Die in Kapitel 4 erwähnten AktiF- und AktiF PLUS-Zuschüsse können nicht mit den im Gesetz vom 20. Juli 2001 zur Förderung der Entwicklung von Dienstleistungen und Arbeitsplätzen im Nahbereich erwähnten Dienstleistungsschecks kumuliert werden.

**Art. 33** - Die Regierung kann weitere Kumulierungsverbote und Ausnahmen festlegen.

#### KAPITEL 6 — *Inverzugsetzung, Aussetzung und Aufhebung der Zuschüsse*

**Art. 34** - § 1 - Die Gewährung der Zuschüsse ist an die Einhaltung der durch das vorliegende Dekret festgelegten Verpflichtungen und Bedingungen gebunden, die der Gewährung der AktiF- oder der AktiF PLUS-Zuschüsse zugrunde liegen.

Unbeschadet des Absatzes 1 ist die Gewährung der Zuschüsse an die Einhaltung der auf den Arbeitgeber anwendbaren Vorschriften in den Bereichen Nicht-Diskriminierung, Buchhaltung, Steuer-, Sozial- und Arbeitsrecht gebunden.

§ 2 - Arbeitgeber, die Zuschüsse nicht zielgerichtet beziehen, werden nicht bezuschusst.

Es wird angenommen, dass ein Arbeitgeber einen Zuschuss nicht zielgerichtet im Sinne von Absatz 1 bezieht, wenn er durch die Rechtshandlung oder die Gesamtheit von Rechtshandlungen, die er gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit einem Personalmitglied oder einer anderen Drittperson vornimmt, ein Geschäft bewirkt, durch das er Anspruch auf eine Bezuschussung im Rahmen einer Bestimmung des vorliegenden Dekrets erhebt und dessen Bewilligung im Widerspruch zu den Zielsetzungen dieser Bestimmung stehen würde, und das im Wesentlichen auf den Erhalt dieser Bezuschussung abzielt.

In Abweichung von den Absätzen 1 und 2 gilt ein Zuschuss als zielgerichtet bezogen, wenn der Arbeitgeber nachweist, dass die Wahl der in Absatz 2 erwähnten Rechtshandlung oder Gesamtheit von Rechtshandlungen durch andere Gründe gerechtfertigt ist als durch den Willen, Zuschüsse zu beziehen.

§ 3 - Die Regierung kann:

1. die in § 1 Absatz 2 erwähnten Vorschriften präzisieren;
2. weitere Verpflichtungen zur Aufrechterhaltung der Gewährung der Zuschüsse festlegen.

**Art. 35** - Stellt die Regierung fest, dass der Arbeitgeber eine oder mehrere Verpflichtungen oder Bedingungen nicht einhält, fordert sie ihn gemäß den von ihr festgelegten Modalitäten auf, zu diesen Feststellungen schriftlich Stellung zu beziehen.

Unbeschadet der Anwendung der in Kapitel 7 vorgesehenen Strafbestimmungen und des Artikels 104 § 3 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft kann die Regierung einen Arbeitgeber in Verzug setzen und die Gewährung der Zuschüsse zeitlich befristet aussetzen und schließlich aufheben.

Die Regierung kann:

1. das Verfahren der Inverzugsetzung, Aussetzung und Aufhebung festlegen;
2. eine Liste von Tatbeständen festlegen, deren Vorliegen den Arbeitgeber für einen Zeitraum von höchstens fünf Jahren von der Anwendung des vorliegenden Dekrets ausschließt.

**Art. 36** - Der Arbeitgeber, dessen Zuschüsse ausgesetzt oder aufgehoben wurden, kann Beschwerde bei der Regierung einreichen. Diese Beschwerde erfolgt per Einschreiben innerhalb eines Monats ab der Notifizierung des betreffenden Beschlusses.

Die Regierung kann die weiteren Modalitäten des Beschwerdeverfahrens festlegen.

**Art. 37** - Die Kontrolle der Verwendung der gewährten Zuschüsse und gegebenenfalls deren Rückforderung erfolgt gemäß den Bestimmungen des Gesetzes vom 16. Mai 2003 zur Festlegung der für die Haushaltspläne, die Kontrolle der Subventionen und die Buchführung der Gemeinschaften und Regionen sowie für die Organisation der Kontrolle durch den Rechnungshof geltenden allgemeinen Bestimmungen.

#### KAPITEL 7 — Strafbestimmungen

**Art. 38** - Wird mit einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten bis zu drei Jahren und einer strafrechtlichen Geldbuße von 600 bis zu 6.000 Euro oder mit nur einer dieser Strafen oder mit einer administrativen Geldbuße von 300 bis zu 3.000 Euro bestraft, wer mit dem Ziel, einen unrechtmäßigen Zuschuss zu erlangen bzw. erlangen zu lassen oder aufrechtzuerhalten bzw. aufrechterhalten zu lassen:

1. Urkundenfälschung begangen hat entweder durch Fälschung von Unterschriften oder durch Nachmachen oder Verfälschen von Urkunden oder Unterschriften oder durch Anfertigung von Vereinbarungen, Verfügungen, Verbindlichkeiten oder Entlastungen bzw. durch ihre Aufnahme in eine Urkunde oder durch Hinzufügung oder Verfälschung von Klauseln, Erklärungen oder Umständen, die diese Urkunde enthalten oder feststellen sollte;
2. von einer gefälschten Urkunde oder von einem gefälschten Schriftstück Gebrauch gemacht hat;
3. eine Fälschung begangen hat, indem er Daten, die durch ein Datenverarbeitungssystem gespeichert, verarbeitet oder übertragen werden, in ein Datenverarbeitungssystem eingegeben, geändert oder gelöscht hat oder indem er mit anderen technologischen Mitteln die mögliche Verwendung der Daten in einem Datenverarbeitungssystem geändert hat, wodurch die rechtliche Tragweite solcher Daten verändert wurde;
4. von den auf diese Weise erhaltenen Daten Gebrauch gemacht hat, wohl wissend, dass sie gefälscht sind.

**Art. 39** - Wird gemäß Artikel 38 bestraft, wer wissentlich und willentlich:

1. eine unrichtige oder unvollständige Erklärung abgegeben hat, um einen unrechtmäßigen Zuschuss zu erlangen bzw. erlangen zu lassen oder aufrechtzuerhalten bzw. aufrechterhalten zu lassen;
2. versäumt oder sich geweigert hat, eine Erklärung, zu der er verpflichtet ist, abzugeben oder die Informationen, die er erteilen muss, zu erteilen, um einen unrechtmäßigen Zuschuss zu erlangen bzw. erlangen zu lassen oder aufrechtzuerhalten bzw. aufrechterhalten zu lassen;
3. infolge einer in Nummer 1 erwähnten Erklärung, des Versäumnisses oder der Weigerung, eine Erklärung abzugeben oder Informationen zu erteilen, die in Nummer 2 erwähnt sind, oder einer in Artikel 38 erwähnten Urkunde bzw. Handlung einen Zuschuss, auf den er keinen Anspruch oder nur teilweise Anspruch hatte, erhalten hat.

**Art. 40** - Wird gemäß Artikel 38 bestraft, wer mit dem Ziel, entweder einen unrechtmäßigen Zuschuss zu erlangen bzw. erlangen zu lassen oder aufrechtzuerhalten bzw. aufrecht erhalten zu lassen, falsche Namen, falsche Eigenschaften oder falsche Adressen gebraucht hat oder jede andere betrügerische Handlung angewandt hat, um das Vorhandensein einer nicht bestehenden Person, eines nicht bestehenden Unternehmens, oder jedes anderen fiktiven Ereignisses vorzutäuschen oder um auf andere Weise das Vertrauen zu missbrauchen.

**Art. 41** - Die in Artikel 1 Absatz 1 des Gesetzes vom 5. März 1952 über die Zuschlagzehntel auf strafrechtliche Geldbußen erwähnten Zuschlagzehntel sind auf die im vorliegenden Kapitel erwähnten administrativen Geldbußen anwendbar.

Im Fall einer administrativen Geldbuße gibt die Regierung in ihrer Entscheidung die Multiplikation infolge des vorerwähnten Gesetzes vom 5. März 1952 und die sich aus dieser Erhöhung ergebende Zahl an.

**Art. 42** - Bei der Ahndung der in vorliegendem Kapitel erwähnten Verstöße sind die Bestimmungen aus Buch I Titel 6 Kapitel 3 und 4 des Sozialstrafgesetzbuchs anwendbar.

#### KAPITEL 8 — Berichterstattung

**Art. 43** - Die Regierung verfasst jährlich zum 30. Juni des Jahres, das dem Jahr der Anwendung folgt, einen Bericht über die Anwendung des vorliegenden Dekrets. Sie übermittelt dem Parlament diesen Bericht.

#### KAPITEL 9 — Schlussbestimmungen

**Art. 44** - Artikel 1 Absatz 1 des Königlichen Erlasses Nr. 474 vom 28. Oktober 1986 zur Einführung einer Regelung für vom Staat bezuschusstes Vertragspersonal bei bestimmten lokalen Behörden, abgeändert durch das Dekret vom 27. April 2009, wird wie folgt ersetzt:

“Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses gilt als lokale Behörde eine Gemeinde

oder eine Gemeindevereinigung, die einen bezuschusten Vertragsbediensteten beschäftigt für die Betreuung eines Containerparks, der sich als eingezäuntes, ordnungsmäßig zugelassenes und überwacht Gelände zum selektiven Sammeln von Abfällen versteht, wo diese sortiert und je nach ihrer Beschaffenheit in Container verteilt und im Anschluss in Verwertungs- oder Beseitigungszentren abtransportiert werden, je nachdem ob sie noch wiederverarbeitungsfähig sind oder nicht.”

**Art. 45** - Artikel 5 desselben Königlichen Erlasses wird wie folgt ersetzt:

“ § 1 - Folgende nichtbeschäftigte Arbeitsuchende, die als Arbeitsuchende eingetragen sind, können eine Stelle als bezuschusste Vertragsarbeitnehmer besetzen:

1. die gemäß dem Königlichen Erlass vom 25. November 1991 zur Regelung der Arbeitslosigkeit entschädigten, nichtbeschäftigten Vollarbeitslosen;
2. die nichtbeschäftigten Empfänger einer Einkommensersatzbeihilfe oder einer Eingliederungsbeihilfe aufgrund des Gesetzes vom 27. Februar 1987 über die Beihilfen für Personen mit Behinderung;
3. die in Artikel 89 des vorerwähnten Königlichen Erlasses aufgeführten Arbeitslosen;
4. die entschädigten Vollarbeitslosen, die einer Berufsausbildung folgen, die durch das Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft, das Institut für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen oder durch die Dienststelle für Selbstbestimmtes Leben organisiert oder anerkannt ist;
5. die nichtbeschäftigten Empfänger des Eingliederungseinkommens, das durch das Gesetz vom 26. Mai 2002 über das Recht auf soziale Eingliederung vorgesehen ist;
6. die nichtbeschäftigten Sozialhilfeempfänger, die aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit kein Anrecht auf das im Gesetz vom 26. Mai 2002 über das Recht auf soziale Eingliederung vorgesehene Eingliederungseinkommen haben, die im Fremdenregister eingetragen sind, insofern sie von der Beantragung einer Arbeitserlaubnis gemäß Artikel 2 des Königlichen Erlasses vom 9. Juni 1999 zur Ausführung des Gesetzes vom 30. April 1999 über die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer befreit sind oder im Besitz einer Arbeitserlaubnis sind;
7. die Asylbewerber, die im Besitz einer gültigen Arbeitserlaubnis C gemäß Artikel 17 Nummer 1 des vorerwähnten Königlichen Erlasses vom 9. Juni 1999 sind;
8. die im deutschen Sprachgebiet wohnhaften nichtbeschäftigten Arbeitsuchenden.

§ 2 - Personen, die als bezuschusste Vertragsarbeitnehmer eingestellt werden, dürfen am Tag vor der Vertragsdurchführung keinen höheren Abschluss als den Abschluss der Oberstufe des Sekundarunterrichtes aufweisen.

§ 3 - Die Situation der in § 1 erwähnten Personen wird am Tag vor der Vertragsdurchführung bewertet.

§ 4 - Die Regierung kann den Anwendungsbereich des vorliegenden Artikels einschränken oder erweitern.”

**Art. 46** - Im Programmgesetz vom 30. Dezember 1988 sind aufgehoben:

1. Titel III Kapitel II, das die Artikel 93 bis 101 umfasst, zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 24. April 2014;
2. Titel III Kapitel IIIter, das den Artikel 101quater umfasst, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2007.

**Art. 47** - Artikel 1 Absatz 1 des Dekrets der Wallonischen Region vom 5. Februar 1998 über die Überwachung und Kontrolle bezüglich der Beachtung der Gesetzgebungen im Bereich der Beschäftigungspolitik, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 25. April 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 13 wird aufgehoben.
2. Folgende Nummer 26 wird eingefügt:

“26. das Dekret vom 28. Mai 2018 zur AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung sowie dessen Ausführungserlasse”.

**Art. 48** - Artikel 339 des Programmgesetzes (I) vom 24. Dezember 2002, zuletzt abgeändert durch das Programmdekret vom 26. Februar 2018, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 Nummer 2 wird die Zahl “54” durch die Zahl “55” ersetzt.
2. Zwischen Absatz 2 und Absatz 3, der zu Absatz 4 wird, wird folgender Absatz 3 eingefügt:

“Die ZielgruppenermäÙigung endet am ersten Tag des Trimesters, das dem Trimester folgt, in dem die Arbeitnehmer das gesetzliche Pensionsalter erreicht haben.”

**Art. 49** - Im selben Programmgesetz sind aufgehoben:

1. die Artikel 340 und 341;
2. Titel IV Kapitel 7 Abschnitt 3 Unterabschnitt 5, der die Artikel 346 und 347 umfasst, zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 27. Dezember 2012;
3. Titel IV Kapitel 7 Abschnitt 3 Unterabschnitt 7, der den Artikel 353bis umfasst, eingefügt durch das Gesetz vom 22. Dezember 2003 und abgeändert durch die Gesetze vom 19. Juni 2009 und vom 4. Juli 2011.

**Art. 50** - Artikel 9 des Krisendekrets vom 19. April 2010 ist aufgehoben.

**Art. 51** - Im Königlichen Erlass vom 16. Mai 2003 zur Ausführung von Titel IV Kapitel 7 des Programmgesetzes (I) vom 24. Dezember 2002 in Bezug auf die Harmonisierung und Vereinfachung der Regelungen in Sachen Senkungen der Sozialversicherungsbeiträge sind aufgehoben:

1. Artikel 7;
2. Artikel 8, abgeändert durch die Königlichen Erlasse vom 21. Januar 2004 und vom 28. März 2007;
3. Artikel 9, abgeändert durch die Königlichen Erlasse vom 21. Januar 2004, vom 17. Juli 2013 und vom 26. Januar 2014;
4. Artikel 10, abgeändert durch die Königlichen Erlasse vom 21. Januar 2004 und vom 28. März 2007;
5. Artikel 11, abgeändert durch die Königlichen Erlasse vom 21. Januar 2004 und vom 28. März 2007;
6. Artikel 13;
7. Artikel 14bis Absatz 1, eingefügt durch den Königlichen Erlass vom 21. Januar 2004 und abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 28. März 2007;
8. Titel III Kapitel V, das die Artikel 17 bis 20 umfasst, zuletzt abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 24. Januar 2013;
9. Titel III Kapitel VII, das die Artikel 28/1 bis 28/1ter umfasst, zuletzt abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 18. August 2011.



**Art. 52** - Sind aufgehoben:

1. der Erlass der Wallonischen Regierung vom 11. Mai 1995 über die Einstellung von Bezuschussten Vertragsarbeitnehmern bei bestimmten öffentlichen Behörden und gleichgestellten Arbeitgebern, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 28. September 2017;
2. der Königliche Erlass vom 19. Dezember 2001 zur Förderung der Beschäftigung Langzeitarbeitssuchender, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 28. September 2017;
3. der Erlass der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 20. Dezember 2001 über die Gewährung von Zuschüssen an lokale Behörden, die Bezuschusste Vertragsarbeitnehmer beschäftigen, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 28. September 2017;
4. der Königliche Erlass vom 11. Juli 2002 zur Festlegung der finanziellen Beteiligung des öffentlichen Sozialhilfezentrums an den Lohnkosten eines Berechtigten im System der sozialen Eingliederung, der im Rahmen des Aktivaplan eingestellt wird, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 28. September 2017;
5. der Königliche Erlass vom 14. November 2002 zur Festlegung der finanziellen Beteiligung des öffentlichen Sozialhilfezentrums an den Lohnkosten eines Berechtigten mit Anspruch auf finanzielle Sozialhilfe, der im Rahmen des Aktivaplan eingestellt wird, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 28. September 2017;
6. der Königliche Erlass vom 29. März 2006 zur Ausführung von Artikel 7 § 1 Absatz 3 Buchstabe *m*) des Erlassgesetzes vom 28. Dezember 1944 über die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer zur Förderung der Beschäftigung von geringqualifizierten oder sehr geringqualifizierten Jugendlichen, abgeändert durch die Königlichen Erlasse vom 20. Juli 2006 und vom 2. Mai 2007;
7. der Erlass der Regierung vom 29. April 2010 zur Einführung eines Programms zur Beschäftigung älterer Arbeitnehmer im gewerblichen Privatsektor, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 28. September 2017.

**Art. 53** - Die Regierung kann Regeln festlegen, die ganz oder teilweise die Bestimmungen bezüglich der Aktivierung der Arbeitsunterstützung und bezüglich der Ermäßigung der Sozialversicherungsbeiträge einschränken oder aufheben, die durch folgende Texte festgelegt sind:

1. den Königlichen Erlass vom 25. November 1991 zur Regelung der Arbeitslosigkeit;
2. den Königlichen Erlass vom 3. Mai 1999 zur Ausführung von Artikel 7 § 1 Absatz 3 Buchstabe *m*) des Erlassgesetzes vom 28. Dezember 1944 über die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer in Bezug auf die Wiedereingliederung sehr schwer zu vermittelnder Arbeitsloser;
3. den Königlichen Erlass vom 11. Juli 2002 zur Festlegung der finanziellen Beteiligung des öffentlichen Sozialhilfezentrums an den Lohnkosten eines Berechtigten im System der sozialen Eingliederung, der im Rahmen einer Initiative zur sozialen Eingliederung beschäftigt wird;
4. den Königlichen Erlass vom 14. November 2002 zur Festlegung der finanziellen Beteiligung des öffentlichen Sozialhilfezentrums an den Lohnkosten eines Berechtigten mit Anspruch auf finanzielle Sozialhilfe, der im Rahmen einer Initiative zur sozialen Eingliederung beschäftigt wird;
5. den Königlichen Erlass vom 16. Mai 2003 zur Ausführung von Titel IV Kapitel 7 des Programmgesetzes (I) vom 24. Dezember 2002 in Bezug auf die Harmonisierung und Vereinfachung der Regelungen in Sachen Senkungen der Sozialversicherungsbeiträge.

**Art. 54** - Für die Arbeitnehmer, deren Arbeitsantritt vor Inkrafttreten des vorliegenden Dekrets liegt, werden den Arbeitgebern weiterhin die Zielgruppenermäßigungen gewährt, wie sie in den Artikeln 340 bis 341, 346, 347 und 353*bis* des Programmgesetzes (I) vom 24. Dezember 2002 oder in deren Ausführungsbestimmungen, in ihrer Fassung vom 31. Dezember 2018 festgelegt sind.

**Art. 55** - Unbeschadet der Anwendung von Artikel 56 unterliegen Arbeitgeber, die Arbeitnehmer beschäftigen im Rahmen des Erlasses der Regierung der Wallonischen Region vom 11. Mai 1995 über die Einstellung von Bezuschussten Vertragsarbeitnehmern bei bestimmten öffentlichen Behörden und gleichgestellten Arbeitgebern, deren Arbeitsantritt vor Inkrafttreten des vorliegenden Dekrets liegt, für diese Arbeitnehmer der Anwendung des vorliegenden Dekrets, mit Ausnahme der Höhe der jährlich zahlbaren Prämien, die weiterhin der Anwendung der Artikel 4 und 5 des vorerwähnten Erlasses in ihrer Fassung vom 31. Dezember 2018 unterliegen. Die in Vollzeitäquivalent ausgedrückte Anzahl Stellen, die den Arbeitgebern in Anwendung des vorerwähnten Erlasses gewährt wurden, bleiben den Arbeitgebern nach Ende des Arbeitsverhältnisses mit den vorerwähnten Arbeitnehmern weiterhin während sechs Monaten gewährt, insofern eine Neueinstellung innerhalb dieser Frist in Anwendung von Kapitel 4 Abschnitt 1 des vorliegenden Dekrets erfolgt.

**Art. 56** - Für die durch die Deutschsprachige Gemeinschaft organisierten, anerkannten oder subventionierten Bildungseinrichtungen bleiben die in Titel III Kapitel II des Programmgesetzes vom 30. Dezember 1988 erwähnten Bestimmungen sowie die entsprechenden Ausführungsbestimmungen in ihrer jeweiligen Fassung vom 31. Dezember 2018 weiterhin in Kraft.

**Art. 57** - Arbeitgeber, die Arbeitnehmer beschäftigen im Rahmen des Erlasses der Regierung vom 20. Dezember 2001 über die Gewährung von Zuschüssen an lokale Behörden, die Bezuschusste Vertragsarbeitnehmer beschäftigen, deren Arbeitsantritt vor Inkrafttreten des vorliegenden Dekrets liegt, unterliegen für diese Arbeitnehmer der Anwendung des vorliegenden Dekrets, mit Ausnahme der Höhe der Zuschüsse, die weiterhin der Anwendung der Artikel 5 bis 7 und 22.1 des vorerwähnten Erlasses der Regierung in ihrer Fassung vom 31. Dezember 2018 unterliegen.

**Art. 58** - Arbeitgeber, die Arbeitnehmer, deren Arbeitsantritt vor Inkrafttreten des vorliegenden Dekrets liegt, im Rahmen einer Vereinbarung zum Erstbeschäftigungsabkommen Globalprojekt "Assistenz im Rahmen von Projekten der Sozialökonomie" beschäftigen, die in Anwendung des Gesetzes vom 24. Dezember 1999 zur Förderung der Beschäftigung und des Königlichen Erlasses vom 30. März 2000 zur Ausführung der Artikel 26, 27 Absatz 1 Nr. 2, 30, 39 § 1 und § 4 Absatz 2, 40 Absatz 2, 40*bis* Absatz 2, 41, 43 Absatz 2 und 47 § 1 Absatz 5 des Gesetzes vom 24. Dezember 1999 zur Förderung der Beschäftigung beschäftigen, erhalten weiterhin die gemäß dieser Vereinbarung vorgesehene Beteiligung an den Lohnkosten bis zu dem Moment, an dem das Arbeitsverhältnis mit diesen Arbeitnehmern endet oder die in der Vereinbarung vorgesehenen Bedingungen nicht mehr erfüllt sind. Die in Vollzeitäquivalent ausgedrückte Anzahl Stellen, die den Arbeitgebern im Rahmen der vorerwähnten Vereinbarung gewährt wurden, bleiben den Arbeitgebern nach Ende des Arbeitsverhältnisses mit den vorerwähnten Arbeitnehmern weiterhin während sechs Monaten gewährt, insofern eine Neueinstellung innerhalb dieser Frist in Anwendung von Kapitel 4 Abschnitt 1 des vorliegenden Dekrets erfolgt.

**Art. 59** - Die Arbeitnehmer, deren Arbeitsantritt vor Inkrafttreten des vorliegenden Dekrets liegt, erhalten die Arbeitsunterstützung weiterhin gemäß den im Königlichen Erlass vom 19. Dezember 2001 zur Förderung der Beschäftigung Langzeitarbeitssuchender erwähnten Bedingungen und gemäß den im Königlichen Erlass vom 29. März 2006 zur Ausführung von Artikel 7 § 1 Absatz 3 Buchstabe *m*) des Erlassgesetzes vom 28. Dezember 1944 über die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer zur Förderung der Beschäftigung von geringqualifizierten oder sehr geringqualifizierten Jugendlichen in ihrer Fassung vom 31. Dezember 2018 erwähnten Bedingungen.

Die Regierung legt die weiteren Übergangsmodalitäten fest.

**Art. 60** - Für die Arbeitnehmer, deren Arbeitsantritt vor Inkrafttreten des vorliegenden Dekrets liegt, wird den Arbeitgebern weiterhin die finanzielle Intervention der ÖSHZ gemäß den im Königlichen Erlass vom 11. Juli 2002 zur Festlegung der finanziellen Beteiligung des öffentlichen Sozialhilfezentrums an den Lohnkosten eines Berechtigten im System der sozialen Eingliederung, der im Rahmen des Aktivaplanes eingestellt wird und den im Königlichen Erlass vom 14. November 2002 zur Festlegung der finanziellen Beteiligung des öffentlichen Sozialhilfezentrums an den Lohnkosten eines Berechtigten mit Anspruch auf finanzielle Sozialhilfe, der im Rahmen des Aktivaplanes eingestellt wird, in ihrer Fassung vom 31. Dezember 2018 erwähnten Bedingungen gewährt.

**Art. 61** - Arbeitgeber, die Arbeitnehmer, deren Arbeitsantritt vor Inkrafttreten des vorliegenden Dekrets liegt, im Rahmen eines bilateralen Abkommens bezüglich der Beschäftigung von Jugendlichen im nichtkommerziellen Sektor, in Anwendung von Artikel 7 des Dekrets vom 14. Dezember 2017 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2018 beschäftigten, erhalten weiterhin die gemäß dieser Abkommen vorgesehene Beteiligung an den Lohnkosten bis zu dem Moment, an dem das Arbeitsverhältnis mit diesen Arbeitnehmern endet oder die im Abkommen vorgesehenen Bedingungen nicht mehr erfüllt sind. Die in Vollzeitäquivalent ausgedrückte Anzahl Stellen, die den Arbeitgebern im Rahmen des vorerwähnten Abkommens gewährt wurden, bleiben den Arbeitgebern nach Ende des Arbeitsverhältnisses mit den vorerwähnten Arbeitnehmern weiterhin während sechs Monaten gewährt, insofern eine Neueinstellung innerhalb dieser Frist in Anwendung von Kapitel 4 Abschnitt 1 des vorliegenden Dekrets erfolgt.

**Art. 62** - Der Arbeitnehmer, der am 31. Dezember 2018 das Anrecht auf eine Senkung der Sozialversicherungsbeiträge in Anwendung von Artikel 339 des Programmgesetzes (I) vom 24. Dezember 2002 eröffnen kann, kommt bis zum letzten Tag des Quartals, das dem Quartal vorausgeht, in dem er das Alter von 55 Jahren erreicht, in den Genuss einer Senkung der Sozialversicherungsbeiträge in Höhe des in Artikel 336 desselben Gesetzes erwähnten Pauschalbetrages G3.

**Art. 63** - Ein Arbeitnehmer, der in einer anderen Region eine Aktivierung der Arbeitsunterstützung in Anwendung von Bestimmungen erhält, die durch das vorliegende Dekret oder in Ausführung des vorliegenden Dekrets nach dessen Arbeitsantritt aufgehoben werden, und der seinen Wohnsitz in das deutsche Sprachgebiet verlegt, erhält weiterhin die vorerwähnte Aktivierung der Arbeitsunterstützung gemäß den in diesen Bestimmungen vorgesehenen Bedingungen in ihrer Fassung vom 31. Dezember 2018.

Ein Arbeitnehmer, der in einer anderen Region eine Ermäßigung der Sozialversicherungsbeiträge in Anwendung von Bestimmungen erhält, die durch das vorliegende Dekret oder in Ausführung des vorliegenden Dekrets nach dessen Arbeitsantritt aufgehoben werden, und dieser in eine Niederlassungseinheit im deutschen Sprachgebiet versetzt wird oder, falls sein Arbeitgeber keine Niederlassungseinheit in Belgien besitzt, er hauptsächlich im deutschen Sprachgebiet beschäftigt ist, erhält weiterhin die vorerwähnte Ermäßigung der Sozialversicherungsbeiträge gemäß den in diesen Bestimmungen vorgesehenen Bedingungen in ihrer Fassung vom 31. Dezember 2018.

Die Absätze 1 und 2 finden keine Anwendung, wenn der Arbeitsantritt des Arbeitnehmers, für den jeweils die Aktivierung der Arbeitsunterstützung oder die Ermäßigung der Sozialversicherungsbeiträge gewährt wurde, erfolgt ist, nachdem die Region, in der sich sein Wohnsitz oder die Niederlassungseinheit, in der er beschäftigt war, befand, die dort vorgesehenen Bestimmungen aufgehoben hat.

**Art. 64** - Die im Rahmen dieses Kapitels gewährten Zuschüsse, Ermäßigungen und Beihilfen können nicht mit AktiF- und AktiF PLUS-Zuschüssen kumuliert werden.

**Art. 65** - Vorliegendes Dekret tritt am 1. Januar 2019 in Kraft, mit Ausnahme der Artikel 47 Nummer 1, Artikel 50 und Artikel 52 Nummer 7, die am 1. April 2020 in Kraft treten.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Eupen, den 28. Mai 2018

O. PAASCH

Der Ministerpräsident

I. WEYKMANS

Die Vize-Ministerpräsidentin, Ministerin für Kultur, Beschäftigung und Tourismus

A. ANTONIADIS

Der Minister für Familie, Gesundheit und Soziales

H. MOLLERS

Der Minister für Bildung und wissenschaftliche Forschung

## TRADUCTION

## MINISTÈRE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2018/203147]

## 28 MAI 2018. — Décret relatif aux mesures AktiF et AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE 1<sup>er</sup>. — *Dispositions générales*

**Article 1<sup>er</sup>.** Le présent décret fixe plusieurs mesures destinées à lutter contre le chômage en région de langue allemande et, plus particulièrement, à donner aux personnes qui font face à des désavantages liés au marché de l'emploi ou individuels, une chance d'accéder à l'emploi et d'obtenir un vrai contrat de travail. Ces mesures englobent des incitations financières destinées à promouvoir la formation et l'engagement ainsi qu'à assurer la sécurité de l'emploi.

**Art. 2.** Dans le présent décret, les qualifications s'appliquent à tous les sexes.

**Art. 3.** Pour l'application du présent décret, il faut entendre par :

1° Office de l'emploi : l'Office de l'emploi de la Communauté germanophone;

2° CPAS : les centres publics d'action sociale ayant leur siège en région de langue allemande;

3° demandeur d'emploi inoccupé : la personne physique qui :

a) est inscrite comme demandeur d'emploi inoccupé auprès de l'Office de l'emploi;

b) a son domicile en région de langue allemande;

c) n'est pas soumise à l'obligation scolaire;

d) n'a pas atteint l'âge légal de la retraite;

4° durée de l'inscription auprès de l'Office de l'emploi : la période prenant cours à l'inscription en tant que demandeur d'emploi inoccupé et au cours de laquelle celui-ci n'est pas soumis à l'application de la loi du 27 juin 1969 révisant l'arrêté-loi du 28 décembre 1944 concernant la sécurité sociale des travailleurs et ne fournit pas de prestations de travail sous l'autorité d'une autre personne, ne se trouve pas dans une relation statutaire et n'exerce aucune activité d'indépendant à titre principal;

5° bénéficiaires des mesures AktiF : les demandeurs d'emploi inoccupés décrits au chapitre 2, section 1<sup>re</sup>, qui remplissent les conditions correspondantes y mentionnées;

6° bénéficiaires des mesures AktiF PLUS : les demandeurs d'emploi inoccupés décrits au chapitre 2, section 2, qui remplissent les conditions correspondantes y mentionnées;

7° subvention AktiF : la subvention qui peut être octroyée à l'employeur pour chaque bénéficiaire des mesures AktiF qu'il occupe;

8° subvention AktiF PLUS : la subvention qui peut être octroyée à l'employeur pour chaque bénéficiaire des mesures AktiF PLUS qu'il occupe;

9° attestation : le document délivré par l'Office de l'emploi qui atteste que le demandeur d'emploi inoccupé remplit les conditions de subventionnement pour les bénéficiaires des mesures AktiF ou AktiF PLUS mentionnées dans le chapitre 2, et ce :

a) au moment de l'établissement de l'attestation, si le demandeur d'emploi inoccupé n'a pas encore été engagé, ou

b) à la veille de son entrée en service ou du début d'une mesure mentionnée aux articles 9, 12 ou 13.

Le Gouvernement peut déterminer :

1° qui peut être assimilé à un demandeur d'emploi inoccupé au sens de l'alinéa 1<sup>er</sup>, 3°;

2° la période qui peut être assimilée à la durée de l'inscription auprès de l'Office de l'emploi mentionnée à l'alinéa 1<sup>er</sup>, 4°;

3° ce qu'il faut entendre par « activité d'indépendant à titre principal »;

4° la durée de validité de l'attestation mentionnée à l'alinéa 1<sup>er</sup>, 9°.

CHAPITRE 2. — *Conditions de subventionnement*Section 1<sup>re</sup>. — Bénéficiaires des mesures AktiFSous-section 1<sup>re</sup>. — Jeunes demandeurs d'emploi

**Art. 4.** Sans préjudice de l'alinéa 2, le Gouvernement peut octroyer une subvention AktiF pour l'occupation de demandeurs d'emploi inoccupés qui :

1° sont âgés de 25 ans au plus;

2° sont porteurs au plus :

a) d'un diplôme de l'enseignement secondaire supérieur et ne suivent aucune formation qui mène à l'obtention d'un diplôme plus élevé dans les trois mois suivants;

b) d'un certificat d'aptitudes professionnelles de l'apprentissage mentionné à l'article 7 du décret du 16 décembre 1991 relatif à la formation et la formation continue dans les classes moyennes et les PME et ne suivent aucun apprentissage qui mène à l'obtention d'un diplôme supérieur dans les trois mois suivants;

c) d'un diplôme équivalent à celui mentionné aux a) et b) délivré par une autre entité fédérée ou un autre État;

3° apportent la preuve d'une durée d'inscription d'au moins six mois auprès de l'Office de l'emploi.

Le Gouvernement peut octroyer une subvention AktiF pour l'occupation de demandeurs d'emploi inoccupés qui :

1° sont âgés de 25 ans au plus;

2° ne sont porteurs;

a) ni d'un diplôme de l'enseignement secondaire supérieur et ne suivent aucune formation qui mène à une telle obtention dans les trois mois suivants;

b) ni d'un certificat d'aptitudes professionnelles de l'apprentissage mentionné à l'article 7 du décret du 16 décembre 1991 relatif à la formation et la formation continue dans les classes moyennes et les PME et ne suivent aucun apprentissage qui mène à une telle obtention dans les trois mois suivants;

c) ni d'un diplôme équivalent à celui mentionné au a) et b) délivré par une autre entité fédérée ou un autre État.

Le Gouvernement peut fixer des conditions supplémentaires pour l'octroi des subventions mentionnées aux alinéas 1<sup>er</sup> et 2.

#### Sous-section 2. — Demandeurs d'emploi âgés

**Art. 5.** Le Gouvernement peut octroyer une subvention AktiF pour l'occupation de demandeurs d'emploi inoccupés qui :

1° sont âgés de 50 ans au moins;

2° ont perdu leur dernier emploi involontairement.

Le Gouvernement peut :

1° déterminer ce qu'il faut entendre par « perdre son emploi involontairement » au sens du présent article;

2° fixer des conditions supplémentaires pour l'octroi des subventions mentionnées à l'alinéa 1<sup>er</sup>.

#### Sous-section 3. — Demandeurs d'emploi de longue durée

**Art. 6.** Le Gouvernement peut octroyer une subvention AktiF pour l'occupation de demandeurs d'emploi inoccupés qui apportent la preuve d'une durée d'inscription d'au moins douze mois auprès de l'Office de l'emploi.

Le Gouvernement peut fixer des conditions supplémentaires pour l'octroi de la subvention AktiF mentionnée à l'alinéa 1<sup>er</sup>.

#### Sous-section 4. — Victimes de restructurations

**Art. 7.** Le Gouvernement peut accorder une subvention AktiF aux demandeurs d'emploi inoccupés qui, en application de l'article 31 de la loi du 23 décembre 2005 relative au pacte de solidarité entre les générations, ont été licenciés dans le cadre d'une restructuration ou à ceux qui ont été licenciés dans le cadre de la faillite, de la fermeture ou de la dissolution d'une entreprise.

Le Gouvernement peut fixer des conditions supplémentaires pour l'octroi de la subvention mentionnée à l'alinéa 1<sup>er</sup>.

### Section 2. — Bénéficiaires des mesures AktiF PLUS

**Art. 8.** Le Gouvernement peut octroyer une subvention AktiF PLUS pour l'occupation de demandeurs d'emploi inoccupés qui apportent la preuve de l'existence d'au moins deux obstacles rencontrés.

Sont considérés comme « obstacles rencontrés » au sens de l'alinéa 1<sup>er</sup> :

1° la preuve d'une réduction de la capacité de travail;

2° la preuve d'une durée d'inscription d'au moins vingt-quatre mois auprès de l'Office de l'emploi;

3° l'absence d'un diplôme de l'enseignement secondaire supérieur ou, selon le cas, d'un certificat d'aptitudes professionnelles de l'apprentissage mentionné dans l'article 7 du décret du 16 décembre 1991 relatif à la formation et la formation continue dans les classes moyennes et les PME ou d'un diplôme équivalent délivré par une autre entité fédérée ou un autre État;

4° le fait de ne pas avoir atteint le niveau B1 conformément au Cadre européen commun de références pour les langues tant en allemand qu'en français.

Le Gouvernement :

1° détermine ce qu'il faut entendre par « réduction de la capacité de travail » au sens du présent article;

2° fixe les modalités de vérification desdits obstacles rencontrés;

3° peut arrêter des conditions supplémentaires pour l'octroi de la subvention mentionnée à l'alinéa 1<sup>er</sup>.

**Art. 9.** Par dérogation à l'article 8, le Gouvernement peut fixer une liste de mesures destinées à l'intégration socioprofessionnelle. Après la participation d'un bénéficiaire des mesures AktiF PLUS à une telle mesure, un employeur qui l'occupe sans que ledit bénéficiaire ait renouvelé l'attestation au terme de ladite mesure reçoit une subvention AktiF PLUS, à condition que :

1° le bénéficiaire des mesures AktiF PLUS soit en possession de l'attestation dans les trente jours suivant le début de la mesure susmentionnée et que

2° l'employeur engage le bénéficiaire des mesures AktiF PLUS dans un délai de six mois à compter de la participation à la mesure susmentionnée.

Le Gouvernement fixe la durée minimale de participation à la mesure mentionnée dans l'alinéa 1<sup>er</sup>.

## CHAPITRE 3. — Subventions générales

### Section 1<sup>re</sup>. — Champ d'application

**Art. 10.** Pour l'application du présent chapitre, il faut entendre par « employeur » toute personne physique ou morale qui occupe et rémunère, sous sa responsabilité et son autorité, un bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS et qui reçoit une subvention dans le cadre du présent décret et de ses arrêtés d'exécution.

Les dispositions du présent chapitre ne s'appliquent pas à l'employeur qui :

1° occupe des travailleurs dans le cadre de contrats de travail intérimaire conformément au chapitre II de la loi du 24 juillet 1987 sur le travail temporaire, le travail intérimaire et la mise de travailleurs à la disposition d'utilisateurs;

2° ne relève pas du champ d'application de la loi du 27 juin 1969 révisant l'arrêté-loi du 28 décembre 1944 concernant la sécurité sociale des travailleurs.

*Section 2. — Durée, montant et liquidation de la subvention*

**Art. 11.** § 1<sup>er</sup> - Dans la limite des crédits budgétaires disponibles à cette fin, le Gouvernement peut, dans le cadre du présent chapitre, octroyer les subventions suivantes :

- 1° une subvention AktiF pour une durée non renouvelable de deux ans;
- 2° une subvention AktiF PLUS pour une durée non renouvelable de trois ans.

§ 2 - La subvention AktiF PLUS mentionnée au § 1<sup>er</sup>, 1°, s'élève à 500 euros par mois.

À partir du 13<sup>e</sup> mois complet qui suit celui de l'entrée en service, la subvention AktiF s'élève à 300 euros par mois.

§ 3 - La subvention AktiF PLUS mentionnée au § 1<sup>er</sup>, 2°, s'élève à 1 000 euros par mois.

À partir du 13<sup>e</sup> mois complet qui suit celui de l'entrée en service, la subvention AktiF PLUS s'élève à 600 euros par mois.

À partir du 25<sup>e</sup> mois complet qui suit celui de l'entrée en service, la subvention AktiF PLUS s'élève à 300 euros par mois.

§ 4 - Le Gouvernement peut fixer d'autres critères de subventionnement.

**Art. 12.** Si un bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS est, dans les trente jours suivant le début d'une mesure de formation réglementaire, en possession de l'attestation et est occupé par le même employeur au terme de celle-ci, ladite attestation ne doit pas être renouvelée pour l'octroi de la subvention mentionnée à l'article 11.

**Art. 13.** § 1<sup>er</sup> - Si un bénéficiaire des mesures AktiF est occupé auprès du même employeur au terme de la mesure de formation fixée par le Gouvernement, la subvention AktiF octroyée pendant toute la durée mentionnée à l'article 11, 1°, s'élève à 500 euros par mois, pour autant que ledit bénéficiaire soit en possession de l'attestation dans les trente jours suivant le début de la mesure de formation.

§ 2 - Si un bénéficiaire des mesures AktiF PLUS est occupé auprès du même employeur au terme de la mesure de formation mentionnée au § 1<sup>er</sup>, la subvention AktiF PLUS s'élève à 1 000 euros par mois, pour autant que ledit bénéficiaire soit en possession de l'attestation dans les trente jours suivant le début de la mesure de formation.

À partir du 25<sup>e</sup> mois complet qui suit celui de l'entrée en service, la subvention AktiF PLUS s'élève à 600 euros par mois.

Par dérogation à l'alinéa 1<sup>er</sup>, le Gouvernement peut octroyer les subventions mentionnées aux alinéas 1<sup>er</sup> et 2 sans que le bénéficiaire des mesures AktiF PLUS ne soit en possession de l'attestation au début de la mesure de formation mentionnée à l'alinéa 1<sup>er</sup>, s'il la commence à la suite de celle mentionnée à l'article 9 ou au plus tard dans un délai de six mois après celle-ci.

§ 3 - Pour l'application des § § 1<sup>er</sup> et 2, la subvention AktiF ou AktiF PLUS ne peut être octroyée que si le bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS achève la mesure de formation y mentionnée.

§ 4 - Pour l'application du présent article, le Gouvernement peut fixer des modalités spécifiques pour les personnes qui, avant l'entrée en vigueur du présent décret, ont entamé une mesure de formation mentionnée au § 1<sup>er</sup> et remplissaient, à ces débuts, les conditions fixées dans le chapitre 2.

**Art. 14.** § 1<sup>er</sup> - À partir du mois de l'entrée en service, les subventions mentionnées à l'article 11 sont liquidées mensuellement par le Gouvernement sous forme d'avances récupérables.

Pour l'application du présent chapitre est considéré comme entrée en service le jour où :

- 1° le bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS est réellement engagé;
- 2° un contrat de travail écrit conformément à la loi du 3 juillet 1978 relative aux contrats de travail est conclu;
- 3° la déclaration correspondante est introduite conformément à l'article 4 de l'arrêté royal du 5 novembre 2002 instaurant une déclaration immédiate de l'emploi, en application de l'article 38 de la loi du 26 juillet 1996 portant modernisation de la sécurité sociale et assurant la viabilité des régimes légaux des pensions.

§ 2 - Les subventions mensuelles correspondent au résultat obtenu en multipliant la subvention correspondante par une fraction dont le dénominateur est le nombre de jours ouvrables du mois en fonction du régime de travail applicable et le numérateur, le nombre de jours de travail effectifs ou assimilés pour lesquels l'employeur a payé un traitement.

Dans le cas d'une occupation à temps partiel, les subventions sont à chaque fois réduites, sur la base de la durée des prestations, au prorata d'un emploi à temps plein auprès de l'employeur concerné.

Le Gouvernement peut multiplier les subventions AktiF et AktiF PLUS par un coefficient en vue de les adapter aux crédits budgétaires disponibles.

§ 3 - Le Gouvernement peut déterminer d'autres modalités de liquidation et d'indexation.

**Art. 15.** Sans préjudice du chapitre 6, l'octroi des subventions AktiF ou AktiF PLUS prend fin si :

- 1° la durée mentionnée à l'article 11, § 1<sup>er</sup>, s'est écoulée;
- 2° le contrat de travail expire.

**Art. 16.** Les employeurs qui engagent un bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS qui, l'année précédant l'occupation, était occupé auprès du même employeur ou auprès d'un établissement lié à ce dernier, à l'exception de travailleurs occupés auprès du même employeur ou auprès d'un établissement lié à ce dernier dans le cadre d'une mesure en faveur de l'emploi, ne sont pas subventionnés.

Le Gouvernement peut déterminer ce qu'il faut entendre par « mesures en faveur de l'emploi ».

*Section 3. — Procédure de demande et de recours*

**Art. 17.** Les employeurs peuvent demander l'octroi de subventions auprès du Gouvernement. La demande comprend au moins les informations concernant l'employeur et le bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS ainsi que l'attestation.

Le Gouvernement détermine :

- 1° les autres éléments et informations contenus dans la demande;
- 2° la procédure d'introduction de la demande et de prise de décision.

**Art. 18.** L'employeur dont la demande a été refusée peut introduire un recours auprès du Gouvernement. Ce recours doit être envoyé par recommandé dans un délai d'un mois à compter de la notification de la décision en question.

Le Gouvernement peut fixer d'autres modalités de procédure de recours.

CHAPITRE 4. — *Subventions spécifiques*

Section 1<sup>re</sup>. — Postes liés à des projets

Sous-section 1<sup>re</sup>. — Champ d'application

**Art. 19.** Pour l'application de la présente section, il faut entendre par « employeur » les institutions suivantes qui occupent et rémunèrent sous leur responsabilité et autorité un bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS :

1° les institutions mentionnées à l'article 2, 2°, du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone;

2° les associations sans but lucratif et fondations d'utilité publique mentionnées dans la loi du 27 juin 1921 sur les associations sans but lucratif, les fondations, les partis politiques européens et les fondations politiques européennes, qui ont leur siège en région de langue allemande, pour autant qu'elles effectuent des missions relevant des compétences de la Communauté germanophone ou de domaines y liés, à l'exception des hôpitaux.

Sous-section 2. — Durée, montant et liquidation de la subvention

**Art. 20.** Dans la limite des crédits budgétaires disponibles à cette fin, le Gouvernement peut, conformément aux conditions fixées par lui, octroyer une subvention AktiF ou AktiF PLUS pour une durée renouvelable de maximum cinq ans, pour autant que l'employeur occupe un bénéficiaire desdites mesures AktiF ou AktiF PLUS dans le cadre d'un poste lié à un projet.

Le Gouvernement détermine ce qu'il faut entendre par « poste lié à un projet ».

**Art. 21.** § 1<sup>er</sup> - Dans le cas d'un nouvel engagement, la subvention AktiF mentionnée à l'article 20 s'élève à 1 000 euros par mois.

À partir du 13<sup>e</sup> mois complet qui suit celui de l'entrée en service, la subvention AktiF s'élève à 917 euros par mois.

§ 2 - Dans le cas d'un nouvel engagement, la subvention AktiF PLUS mentionnée à l'article 20 s'élève à 1 833 euros par mois.

À partir du 13<sup>e</sup> mois complet qui suit celui de l'entrée en service, la subvention AktiF PLUS s'élève à 1 750 euros par mois.

§ 3 - Si un bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS est en possession de l'attestation au début d'une mesure de formation réglementaire et est occupé par le même employeur au terme de celle-ci, ladite attestation ne doit pas être renouvelée pour l'octroi de la subvention AktiF ou AktiF PLUS.

§ 4 - Le Gouvernement peut :

1° fixer d'autres critères de subventionnement;

2° déterminer ce qu'il faut entendre par « nouvel engagement ».

**Art. 22.** L'octroi et la liquidation des subventions AktiF et AktiF PLUS mentionnées à l'article 21 s'effectuent conformément aux modalités et aux conditions fixées dans les articles 14 et 16.

Sous-section 3. — Procédure de demande

**Art. 23.** Les employeurs peuvent demander l'octroi de subventions auprès du Gouvernement. La demande contient au moins des informations concernant l'employeur, le nombre de postes demandés ainsi qu'une description du projet.

Le Gouvernement détermine :

1° les autres éléments et informations contenus dans la demande;

2° la procédure d'introduction de la demande et de prise de décision;

3° la procédure de recours.

Section 2. — Emplois réglés par une convention

Sous-section 1<sup>re</sup>. — Champ d'application

**Art. 24.** Pour l'application de la présente section, il faut entendre par « employeur » les autorités suivantes qui occupent et rémunèrent sous leur responsabilité et autorité un bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS :

1° les communes de la région de langue allemande;

2° les associations de communes, à l'exception de celles à finalité économique et les parcs à conteneurs dont le siège se trouve en région de langue allemande;

3° les régies communales autonomes dont le siège se trouve en région de langue allemande et qui sont actives dans les domaines de la culture, du sport, du tourisme ou des loisirs, dans l'enseignement ou les affaires sociales, ou dans les secteurs économique ou de la santé;

4° les CPAS, les associations de CPAS et les intercommunales de CPAS dont le siège se trouve en région de langue allemande;

5° les zones pluricommunales mentionnées dans l'article 9 de la loi du 7 décembre 1998 organisant un service de police intégré, structuré à deux niveaux.

Le Gouvernement peut étendre le champ d'application à d'autres autorités.

Sous-section 2. — Durée, montant et liquidation de la subvention

**Art. 25.** Dans la limite des crédits budgétaires disponibles à cette fin, le Gouvernement peut, conformément aux conditions fixées par lui et dans le cadre d'un accord conclu avec l'employeur, accorder un budget destiné à l'occupation de bénéficiaires des mesures AktiF ou AktiF PLUS. Le Gouvernement peut octroyer des subventions AktiF ou AktiF PLUS dans les limites de ce budget. Cet accord est conclu pour une durée renouvelable de cinq ans maximum à chaque fois.

Le Gouvernement fixe le budget mis à disposition des employeurs en se basant notamment sur le recours effectif de ceux-ci à des programmes de remise au travail dans le cadre de l'article 6, § 1<sup>er</sup>, IX, 2<sup>o</sup>, de la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles et/ou sur les chiffres du chômage dans les communes pour un mois de référence.

**Art. 26.** § 1<sup>er</sup> - Dans le cas d'un nouvel engagement, la subvention AktiF mentionnée à l'article 25, alinéa 1<sup>er</sup>, s'élève à 1 000 euros par mois.

À partir du 13<sup>e</sup> mois complet qui suit celui de l'entrée en service, la subvention AktiF s'élève à 917 euros par mois.

§ 2 - Dans le cas d'un nouvel engagement, la subvention AktiF PLUS mentionnée à l'article 25, alinéa 1<sup>er</sup>, s'élève à 1 833 euros par mois.

À partir du 13<sup>e</sup> mois complet qui suit celui de l'entrée en service, la subvention AktiF PLUS s'élève à 1 750 euros par mois.

§ 3 - Si un bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS est en possession de l'attestation au début d'une mesure de formation réglementaire et est occupé par le même employeur au terme de celle-ci, ladite attestation ne doit pas être renouvelée pour l'octroi de la subvention AktiF ou AktiF PLUS.

§ 4 - Le Gouvernement peut :

1<sup>o</sup> fixer d'autres critères de subventionnement;

2<sup>o</sup> déterminer ce qu'il faut entendre par « nouvel engagement ».

**Art. 27.** Le budget mentionné à l'article 25 est liquidé mensuellement en douzièmes par le Gouvernement sous forme d'avances récupérables.

L'octroi des subventions AktiF et AktiF PLUS s'effectue conformément aux conditions fixées dans l'article 16.

**Art. 28.** Le budget fixé par le Gouvernement est mis à disposition des communes mentionnées à l'article 24, 1<sup>o</sup>, qui peuvent le céder, en tout ou partie, à d'autres employeurs qui exercent une activité sur le territoire de la commune concernée ou pour elle. Cette cession est consignée dans la convention prévue à l'article 25.

Cette cession englobe tous les droits et devoirs de la commune dans le cadre du présent décret et de ses arrêtés d'exécution.

#### CHAPITRE 5. — *Incompatibilités*

**Art. 29.** Dans le cadre du même contrat de travail, les subventions AktiF pour l'occupation d'un bénéficiaire des mesures AktiF ne peuvent pas être cumulées.

Dans le cadre du même contrat de travail, les subventions AktiF PLUS pour l'occupation d'un bénéficiaire des mesures AktiF PLUS ne peuvent pas être cumulées.

Dans le cadre du même contrat de travail, les subventions AktiF pour l'occupation d'un bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS ne peuvent pas être cumulées avec les subventions AktiF PLUS.

**Art. 30.** Si l'employeur reçoit des subventions AktiF ou AktiF PLUS en application du chapitre 3, aucun transfert vers le champ d'application du chapitre 4 n'est possible pour le même bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS.

Si l'employeur reçoit des subventions AktiF ou AktiF PLUS en application du chapitre 4, aucun transfert vers le champ d'application du chapitre 3 n'est possible pour le même bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS.

**Art. 31.** Les subventions AktiF et AktiF PLUS ne peuvent être cumulées avec celles octroyées en application de l'article 60, § 7, de la loi du 8 juillet 1976 organique des centres publics d'action sociale.

**Art. 32.** Les subventions AktiF et AktiF PLUS mentionnées dans le chapitre 4 ne peuvent être cumulées avec les titres-services mentionnés dans la loi du 20 juillet 2001 visant à favoriser le développement de services et d'emplois de proximité.

**Art. 33.** Le Gouvernement peut fixer d'autres interdictions de cumul et exceptions.

#### CHAPITRE 6. — *Mise en demeure, suspension et suppression des subventions*

**Art. 34.** § 1<sup>er</sup> - L'octroi des subventions est subordonné au respect des obligations et conditions fixées dans le présent décret qui sous-tendent l'octroi desdites subventions AktiF ou AktiF PLUS.

Sans préjudice de l'alinéa 1<sup>er</sup>, l'octroi des subventions est subordonné au respect des dispositions applicables à l'employeur dans les domaines de la non-discrimination, de la comptabilité et en matière de droit fiscal, social et du travail.

§ 2 - Les employeurs qui perçoivent indûment des subventions ne sont pas subventionnés.

Un employeur est censé percevoir indûment des subventions au sens de l'alinéa 1<sup>er</sup>, lorsqu'il réalise, par l'acte juridique ou l'ensemble des actes juridiques qu'il pose, le cas échéant, en collaboration avec un membre du personnel ou un autre tiers, une opération par laquelle il ouvre le droit à un subventionnement dans le cadre d'une disposition du présent décret dont l'octroi serait en contradiction avec l'objectif de ladite disposition, et qui vise essentiellement le bénéfice de ce subventionnement.

Par dérogation aux alinéas 1<sup>er</sup> et 2, une subvention est censée ne pas être perçue indûment lorsque l'employeur prouve que le choix de l'acte juridique ou de l'ensemble des actes juridiques mentionnés à l'alinéa 2 est motivé par d'autres raisons que la volonté de percevoir des subventions.

§ 3 - Le Gouvernement peut :

1<sup>o</sup> préciser les dispositions mentionnées dans le § 1<sup>er</sup>, alinéa 2;

2<sup>o</sup> fixer d'autres obligations destinées au maintien de l'octroi des subventions.

**Art. 35.** Si le Gouvernement constate que l'employeur ne respecte pas une ou plusieurs obligations ou conditions, il l'enjoint, conformément aux modalités fixées par lui, à présenter par écrit ses observations sur les faits constatés.

Sans préjudice de l'application des dispositions pénales prévues au chapitre 7 et de l'article 104, § 3, du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone, le Gouvernement peut mettre un employeur en demeure et suspendre temporairement l'octroi de subventions et finalement le supprimer.

Le Gouvernement peut :

1° fixer la procédure de mise en demeure, de suspension et de suppression;

2° fixer une liste de faits qui excluent l'employeur, pour une durée maximale de cinq ans, de l'application du présent décret.

**Art. 36.** L'employeur dont les subventions ont été suspendues ou supprimées peut introduire un recours auprès du Gouvernement. Ce recours doit être envoyé par recommandé dans un délai d'un mois à compter de la notification de la décision en question.

Le Gouvernement peut fixer d'autres modalités de procédure de recours.

**Art. 37.** Le contrôle de l'utilisation des subventions octroyées et, le cas échéant, de leur répétition s'opère conformément aux dispositions de la loi du 16 mai 2003 fixant les dispositions générales applicables aux budgets, au contrôle des subventions et à la comptabilité des communautés et des régions, ainsi qu'à l'organisation du contrôle de la Cour des comptes.

#### CHAPITRE 7. — Dispositions pénales

**Art. 38.** Est passible d'une peine d'emprisonnement de six mois à trois ans et d'une amende pénale de 600 à 6 000 euros ou d'une de ces peines seulement ou d'une amende administrative de 300 à 3 000 euros, quiconque, dans le but d'obtenir ou de faire obtenir, de conserver ou de faire conserver une subvention indue :

1° a commis un faux en écriture, soit par fausses signatures, soit par contrefaçon ou altération d'écritures ou de signatures, soit par fabrication de conventions, dispositions, obligations ou décharges ou par leur insertion dans un acte, soit par addition ou altération de clauses, de déclarations ou de faits que cet acte avait pour objet de recevoir ou de constater;

2° a fait usage d'un acte faux ou d'une pièce fausse;

3° a commis un faux en introduisant, modifiant ou effaçant dans un système informatique des données enregistrées, traitées ou transmises par voie informatique ou en modifiant, avec d'autres moyens technologiques, l'éventuelle utilisation des données dans un système informatique, ce qui a modifié la portée juridique de ces données;

4° a fait usage des données ainsi obtenues, tout en sachant qu'elles ont été falsifiées.

**Art. 39.** Est puni conformément à l'article 38 quiconque a sciemment et volontairement :

1° fait une déclaration inexacte ou incomplète pour obtenir ou faire obtenir, pour conserver ou faire conserver une subvention indue;

2° omis ou refusé de faire une déclaration à laquelle il est tenu ou de fournir les informations qu'il est tenu de donner pour obtenir ou faire obtenir, pour conserver ou faire conserver une subvention indue;

3° reçu une subvention à laquelle il n'a pas droit ou n'a que partiellement droit à la suite d'une déclaration mentionnée au 1°, de l'omission ou du refus de faire une déclaration ou de fournir des informations visées au 2°, ou d'un acte visé à l'article 38.

**Art. 40.** Est puni conformément à l'article 38 quiconque, dans le but d'obtenir ou de faire obtenir, de conserver ou de faire conserver une subvention indue, a fait usage de faux noms, de faux titres ou de fausses adresses, ou a recouru à toute manœuvre frauduleuse pour faire croire à l'existence d'une fausse personne, d'une fausse entreprise ou de tout autre événement fictif ou pour abuser d'une autre manière de la confiance.

**Art. 41.** Les décimes additionnels mentionnés à l'article 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, de la loi du 5 mars 1952 relative aux décimes additionnels sur les amendes pénales s'appliquent aux amendes administratives mentionnées dans le présent chapitre.

En cas d'amende administrative, le Gouvernement mentionne, dans sa décision, la multiplication en vertu de la loi précitée du 5 mars 1952 ainsi que le montant résultant de cette augmentation.

**Art. 42.** En cas de sanction des infractions mentionnées dans le présent chapitre, les dispositions du Livre I<sup>er</sup>, Titre 6, chapitres 3 et 4, du Code pénal social s'appliquent.

#### CHAPITRE 8. — Rapport

**Art. 43.** Au 30 juin de l'année qui suit celle de l'application, le Gouvernement rédige un rapport annuel concernant l'application du présent décret. Il transmet ce rapport au Parlement.

#### CHAPITRE 9. — Dispositions finales

**Art. 44.** À l'article 1<sup>er</sup> de l'arrêté royal n° 474 du 28 octobre 1986 portant création d'un régime de contractuels subventionnés par l'État auprès de certains pouvoirs locaux, modifié par le décret du 27 avril 2009, l'alinéa 1<sup>er</sup> est remplacé par ce qui suit :

« Pour l'application du présent arrêté est considérée comme autorité locale une commune ou association de communes occupant un travailleur contractuel subventionné pour l'exploitation d'un parc à conteneurs, à savoir un site clôturé dûment autorisé et surveillé où est opéré l'accueil sélectif des déchets et où ceux-ci sont triés et répartis dans des conteneurs selon leur nature, puis écoulés vers des centres qui procèdent soit à leur valorisation s'ils sont récupérables, soit à leur élimination s'ils ne le sont pas. »

**Art. 45.** L'article 5 du même arrêté royal est remplacé par ce qui suit :

« § 1<sup>er</sup> - Les demandeurs d'emploi inoccupés suivants, inscrits en tant que demandeurs d'emploi, peuvent occuper un emploi en tant que travailleur contractuel subventionné :

1° les chômeurs complets indemnisés et inoccupés, conformément à l'arrêté royal du 25 novembre 1991 portant réglementation du chômage;

2° les bénéficiaires, inoccupés, d'une allocation de remplacement de revenus ou d'une allocation d'intégration en vertu de la loi du 27 février 1987 relative aux allocations aux handicapés;



3° les chômeurs énumérés à l'article 89 de l'arrêté royal susmentionné;

4° les chômeurs complets indemnisés qui suivent une formation professionnelle organisée ou agréée par l'Office de l'Emploi de la Communauté germanophone, par l'Institut pour la formation et la formation continue dans les Classes moyennes et les PME ou par l'Office pour une vie autodéterminée;

5° les bénéficiaires, inoccupés, du revenu d'intégration prévu dans la loi du 26 mai 2002 concernant le droit à l'intégration sociale;

6° les bénéficiaires, inoccupés, de l'aide sociale qui, en raison de leur nationalité, n'ont pas droit au revenu d'intégration sociale prévu dans la loi du 26 mai 2002 concernant le droit à l'intégration sociale et qui sont inscrits au registre des étrangers, dans la mesure où ils sont dispensés de la demande d'un permis de travail conformément à l'article 2 de l'arrêté royal du 9 juin 1999 portant exécution de la loi du 30 avril 1999 relative à l'occupation des travailleurs étrangers ou sont en possession d'un permis de travail;

7° les demandeurs d'asile en possession d'un permis de travail C valable, conformément à l'article 17, 1°, de l'arrêté royal du 9 juin 1999 susmentionné;

8° les demandeurs d'emploi inoccupés domiciliés en région de langue allemande.

§ 2 - Les personnes engagées en tant que travailleurs contractuels subventionnés ne peuvent, la veille de l'exécution du contrat, être porteuses d'un diplôme supérieur au certificat de l'enseignement secondaire supérieur.

§ 3 - La situation des personnes visées au premier alinéa est appréciée le jour qui précède l'exécution du contrat.

§ 4 - Le Gouvernement peut limiter ou étendre le champ d'application du présent article. »

**Art. 46.** Dans la loi-programme du 30 décembre 1988 sont abrogés :

1° le titre III, chapitre II, comportant les articles 93 à 101, modifié en dernier lieu par la loi du 24 avril 2014;

2° le titre III, chapitre III<sup>ter</sup>, comportant l'article 101<sup>quater</sup>, inséré par le décret du 25 juin 2007.

**Art. 47.** À l'article 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, du décret de la Région wallonne du 5 février 1998 relatif à la surveillance et au contrôle des législations relatives à la politique de l'emploi, modifié en dernier lieu par le décret du 25 avril 2016, les modifications suivantes sont apportées :

1° le 13° est abrogé;

2° l'article est complété par un 26° rédigé comme suit :

« 26° le décret du 28 mai 2018 relatif aux mesures AktiF et AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi ainsi que ses arrêtés d'exécution ».

**Art. 48.** A l'article 339 de la loi-programme (I) du 24 décembre 2002, modifié en dernier lieu par le décret-programme du 26 février 2018, les modifications sont apportées :

1° dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, 2°, le nombre « 54 » est remplacé par le nombre « 55 »;

2° un alinéa rédigé comme suit est inséré entre les alinéas 2 et 3, qui devient l'alinéa 4 :

« La réduction groupe-cible prend fin le premier jour du trimestre qui suit celui au cours duquel les travailleurs atteignent l'âge légal de la retraite. »

**Art. 49.** Dans la même loi-programme sont abrogés :

1° les articles 340 et 341;

2° le titre IV, chapitre 7, section 3, sous-section 5, comportant les articles 346 et 347, modifié en dernier lieu par la loi du 27 décembre 2012;

3° le titre IV, chapitre 7, section 3, sous-section 7, comportant l'article 353<sup>bis</sup>, inséré par la loi du 22 décembre 2003 et modifié par les lois des 19 juin 2009 et 4 juillet 2011.

**Art. 50.** L'article 10 du décret de crise du 19 avril 2010 est abrogé.

**Art. 51.** Dans l'arrêté royal du 16 mai 2003 pris en exécution du Chapitre 7 du Titre IV de la loi-programme du 24 décembre 2002 (I), visant à harmoniser et à simplifier les régimes de réductions de cotisations de sécurité sociale, sont abrogés :

1° l'article 7;

2° l'article 8, modifié par les arrêtés royaux des 21 janvier 2004 et 28 mars 2007;

3° l'article 9, modifié par les arrêtés royaux des 21 janvier 2004, 17 juillet 2013 et 26 janvier 2014;

4° l'article 10, modifié par les arrêtés royaux des 21 janvier 2004 et 28 mars 2007;

5° l'article 11, modifié par les arrêtés royaux des 21 janvier 2004 et 28 mars 2007;

6° l'article 13;

7° l'article 14<sup>bis</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, inséré par l'arrêté royal du 21 janvier 2004 et modifié par l'arrêté royal du 28 mars 2007;

8° le titre III, chapitre V, comportant les articles 17 à 20, modifié en dernier lieu par l'arrêté royal du 24 janvier 2013;

9° le titre III, chapitre VII, comportant les articles 28/1 à 28/1<sup>ter</sup>, modifié en dernier lieu par l'arrêté royal du 18 août 2011.

**Art. 52.** Sont abrogés :

1° l'arrêté du Gouvernement wallon du 11 mai 1995 relatif à l'engagement d'agents contractuels subventionnés auprès de certains pouvoirs publics et employeurs y assimilés, modifié en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement du 28 septembre 2017;

2° l'arrêté royal du 19 décembre 2001 de promotion de mise à l'emploi des demandeurs d'emploi de longue durée, modifié en dernier lieu par l'arrêté royal du 28 septembre 2017;

3° l'arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone du 20 décembre 2001 portant octroi de subventions aux pouvoirs locaux occupant des travailleurs contractuels subventionnés, modifié en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement du 28 septembre 2017;

4° l'arrêté royal du 11 juillet 2002 déterminant l'intervention financière du centre public d'aide sociale dans le coût salarial d'un ayant droit à l'intégration sociale qui est engagé dans le cadre du plan Activa, modifié en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement du 28 septembre 2017;

5° l'arrêté royal du 14 novembre 2002 déterminant l'intervention financière du centre public d'aide sociale dans le coût salarial d'un ayant droit à une aide sociale financière qui est engagé dans le cadre du plan Activa, modifié en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement du 28 septembre 2017;

6° l'arrêté royal du 29 mars 2006 d'exécution de l'article 7, § 1<sup>er</sup>, alinéa 3, *m*), de l'arrêté-loi du 28 décembre 1944 relatif à la sécurité sociale des travailleurs pour la promotion de mise à l'emploi des jeunes moins qualifiés ou très peu qualifiés, modifié par les arrêtés royaux des 20 juillet 2006 et 2 mai 2007;

7° l'arrêté du Gouvernement du 29 avril 2010 instaurant un programme visant la mise au travail de travailleurs âgés dans le secteur marchand privé, modifié en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement du 28 septembre 2017.

**Art. 53.** Le Gouvernement peut fixer des règles qui limitent ou abrogent, en tout ou partie, les dispositions relatives à l'activation de l'allocation de travail et aux réductions de cotisations de sécurité sociale, fixées dans les textes suivants :

1° l'arrêté royal du 25 novembre 1991 portant réglementation du chômage;

2° l'arrêté royal du 3 mai 1999 portant exécution de l'article 7, § 1<sup>er</sup>, alinéa 3, *m*), de l'arrêté-loi du 28 décembre 1944 concernant la sécurité sociale des travailleurs relatif à la réinsertion de chômeurs très difficiles à placer;

3° l'arrêté royal du 11 juillet 2002 déterminant l'intervention financière du centre public d'aide sociale dans le coût salarial d'un ayant droit à l'intégration sociale mis au travail dans une initiative d'insertion sociale;

4° l'arrêté royal du 14 novembre 2002 déterminant l'intervention financière du centre public d'aide sociale dans le coût salarial d'un ayant droit à une aide sociale financière mis au travail dans une initiative d'insertion sociale;

5° l'arrêté royal du 16 mai 2003 pris en exécution du Chapitre 7 du Titre IV de la loi-programme du 24 décembre 2002 (I), visant à harmoniser et à simplifier les régimes de réductions de cotisations de sécurité sociale.

**Art. 54.** Pour les travailleurs entrés en service avant l'entrée en vigueur du présent décret, les réductions pour groupe cible continuent à être octroyées aux employeurs telles qu'elles sont fixées dans les articles 340 à 341, 346, 347 et 353*bis* de la loi-programme (I) du 24 décembre 2002 ou dans leurs dispositions exécutoires, dans leur version en vigueur au 31 décembre 2018.

**Art. 55.** Sans préjudice de l'application de l'article 56, les employeurs qui occupent des travailleurs dans le cadre de l'arrêté du Gouvernement de la Région wallonne du 11 mai 1995 relatif à l'engagement d'agents contractuels subventionnés auprès de certains pouvoirs publics et employeurs y assimilés, entrés en service avant l'entrée en vigueur du présent décret, sont soumis, pour ces travailleurs, à l'application du présent décret, à l'exception du montant des primes payables annuellement, elles-mêmes soumises à l'application des articles 4 et 5 de l'arrêté susmentionné dans leur version en vigueur au 31 décembre 2018. Le nombre de postes, exprimé en équivalents temps plein, octroyés aux employeurs en application de l'arrêté susmentionné continuent à l'être pendant six mois après le terme du contrat de travail conclu avec les travailleurs susmentionnés, pour autant qu'un nouvel engagement ait lieu pendant cette période en application du chapitre 4, section 1<sup>re</sup>, du présent décret.

**Art. 56.** Pour les établissements d'enseignement organisés, reconnus ou subventionnés par la Communauté germanophone, les dispositions mentionnées au Titre III, chapitre II, de la loi-programme du 30 décembre 1988 ainsi que les dispositions exécutoires correspondantes, chacune dans leur version en vigueur au 31 décembre 2018, continuent de s'appliquer.

**Art. 57.** Les employeurs qui occupent des travailleurs dans le cadre de l'arrêté du Gouvernement du 20 décembre 2001 portant octroi de subventions aux pouvoirs locaux occupant des travailleurs contractuels subventionnés, entrés en service avant l'entrée en vigueur du présent décret, sont soumis, pour ces travailleurs, à l'application du présent décret, à l'exception du montant des primes qui continuent à être soumises à l'application des articles 5 à 7 et 22.1 de l'arrêté du Gouvernement susmentionné, dans leur version en vigueur au 31 décembre 2018.

**Art. 58.** Les employeurs qui, en application de la loi du 24 décembre 1999 en vue de la promotion de l'emploi et de l'arrêté royal du 30 mars 2000 d'exécution des articles 26, 27, alinéa 1<sup>er</sup>, 2<sup>o</sup>, 30, 39, § 1<sup>er</sup> et § 4, alinéa 2, 40, alinéa 2, 40*bis*, alinéa 2, 41, 43, alinéa 2, et 47, § 1<sup>er</sup>, alinéa 5, de la loi du 24 décembre 1999 en vue de la promotion de l'emploi - et dans le cadre d'une convention de premier emploi du projet global « Assistance dans le cadre de projets d'économie sociale » - occupent des travailleurs, entrés en service avant l'entrée en vigueur du présent décret, continuent à recevoir l'intervention dans les coûts salariaux prévue par ladite convention jusqu'au terme du contrat de travail conclu avec ces travailleurs ou jusqu'à ce que les conditions prévues dans ladite convention ne soient plus remplies. Le nombre de postes, exprimé en équivalents temps plein, octroyé aux employeurs dans le cadre de la convention susmentionnée continue à l'être pendant six mois après le terme du contrat de travail conclu avec les travailleurs susmentionnés, pour autant qu'un nouvel engagement ait lieu pendant cette période en application du chapitre 4, section 1<sup>re</sup>, du présent décret.

**Art. 59.** Les travailleurs entrés en service avant l'entrée en vigueur du présent décret continuent à recevoir l'allocation de travail conformément aux conditions mentionnées dans l'arrêté royal du 19 décembre 2001 de promotion de mise à l'emploi des demandeurs d'emploi de longue durée et dans l'arrêté royal du 29 mars 2006 d'exécution de l'article 7, § 1<sup>er</sup>, alinéa 3, *m*), de l'arrêté-loi du 28 décembre 1944 relatif à la sécurité sociale des travailleurs pour la promotion de mise à l'emploi des jeunes moins qualifiés ou très peu qualifiés, dans leur version en vigueur au 31 décembre 2018.

Le Gouvernement fixe les autres modalités transitoires.

**Art. 60.** Pour les travailleurs entrés en service avant l'entrée en vigueur du présent décret, les employeurs continuent à recevoir l'intervention financière du CPAS conformément aux conditions mentionnées dans l'arrêté royal du 11 juillet 2002 déterminant l'intervention financière du centre public d'aide sociale dans le coût salarial d'un ayant droit à l'intégration sociale qui est engagé dans le cadre du plan Activa et dans l'arrêté royal du 14 novembre 2002 déterminant l'intervention financière du centre public d'aide sociale dans le coût salarial d'un ayant droit à une aide sociale financière qui est engagé dans le cadre du plan Activa, dans leur version en vigueur au 31 décembre 2018.

**Art. 61.** Les employeurs qui occupent des travailleurs, entrés en service avant l'entrée en vigueur du présent décret, dans le cadre d'un accord bilatéral concernant l'emploi des jeunes dans le secteur non-marchand, en application de l'article 7 du décret du 14 décembre 2017 contenant le budget des recettes et le budget général des dépenses de la Communauté germanophone pour l'année budgétaire 2018, continuent à recevoir l'intervention dans les coûts salariaux prévue dans ledit accord jusqu'au terme du contrat de travail conclu avec ces travailleurs ou jusqu'à ce que les conditions prévues dans l'accord ne soient plus remplies. Le nombre de postes, exprimé en équivalents temps plein, octroyé aux employeurs dans le cadre de l'accord susmentionné continue à l'être pendant six mois après le terme du contrat de travail conclu avec les travailleurs susmentionnés, pour autant qu'un nouvel engagement ait lieu pendant cette période en application du chapitre 4, section 1<sup>re</sup>, du présent décret.

**Art. 62.** Le travailleur susceptible, au 31 décembre 2018, d'ouvrir le droit à une réduction de cotisations de sécurité sociale en application de l'article 339 de la loi-programme (I) du 24 décembre 2002 continue à bénéficier de cette réduction à concurrence du montant forfaitaire s'élevant à G3 mentionné à l'article 336 de ladite loi, et ce, jusqu'au dernier jour du trimestre précédant celui au cours duquel il atteint l'âge de 55 ans.

**Art. 63.** Dans l'hypothèse où un travailleur bénéficie, dans une autre région, d'une activation de l'allocation de travail en application de dispositions abrogées par ou en vertu du présent décret après son entrée en service et qu'il est domicilié en région de langue allemande, il continue à bénéficier de ladite activation conformément aux conditions prévues dans ces dispositions, dans leur version en vigueur au 31 décembre 2018.

Dans l'hypothèse où un travailleur bénéficie, dans une autre région, d'une réduction de cotisations de sécurité sociale en application de dispositions abrogées par ou en vertu du présent décret après son entrée en service et qu'il est transféré vers une unité d'établissement située en région de langue allemande ou, si son employeur ne dispose pas d'unité d'établissement en Belgique, est principalement occupé sur le territoire de la région de langue allemande, il continue à bénéficier de ladite réduction de cotisations de sécurité sociale conformément aux conditions prévues dans ces dispositions, dans leur version en vigueur au 31 décembre 2018.

Les alinéas 1<sup>er</sup> et 2 ne s'appliquent pas lorsque l'entrée en service du travailleur, respectivement à l'origine de l'activation de l'allocation de travail ou des réductions de cotisations de sécurité sociale, a eu lieu après l'abrogation des dispositions fédérales y visées par la Région dans laquelle étaient situées respectivement sa résidence principale ou l'unité d'établissement au sein de laquelle il est occupé.

**Art. 64.** Les subventions, réductions et aides octroyées dans le cadre de ce chapitre ne peuvent être cumulées avec les subventions AktiF et AktiF PLUS.

**Art. 65.** Le présent décret entre en vigueur le 1<sup>er</sup> janvier 2019, à l'exception des articles 47, 1<sup>o</sup>, 50 et 52, 7<sup>o</sup>, qui entrent en vigueur le 1<sup>er</sup> avril 2020.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Eupen, le 28 mai 2018.

O. PAASCH

Le Ministre-Président,

I. WEYKMANS

La Vice-Ministre-Présidente, Ministre de la Culture, de l'Emploi et du Tourisme,

A. ANTONIADIS

Le Ministre de la Famille, de la Santé et des Affaires sociales,

H. MOLLERS

Le Ministre de l'Éducation et de la Recherche scientifique,

Session 2017-2018

Documents parlementaires : 234 (2017-2018) n<sup>o</sup> 1 Projet de décret

234 (2017-2018) n<sup>o</sup> 2 Rapport

Compte rendu intégral : 28 mai 2018 - n<sup>o</sup> 51 Discussion et vote

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2018/203147]

**28 MEI 2018. — Decreet betreffende de AktiF- en AktiF PLUS-maatregel ter bevordering van de werkgelegenheid**

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :

HOOFDSTUK 1. — *Algemene bepalingen*

**Artikel 1.** Dit decreet bepaalt verscheidene maatregelen om de werkloosheid op het Duitse taalgebied tegen te gaan en in het bijzonder een kans op de arbeidsmarkt en op een volwaardige arbeidsovereenkomst te geven aan mensen die een arbeidsmarktrelevant of individueel nadeel hebben. Die maatregelen bestaan uit financiële stimulansen om opleiding en aanwerving te bevorderen en werkgelegenheid veilig te stellen.

**Art. 2.** De verwijzingen naar personen in dit decreet gelden voor alle geslachten.

**Art. 3.** Voor de toepassing van dit decreet wordt verstaan onder :

1<sup>o</sup> Dienst voor arbeidsbemiddeling : de Dienst voor arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap;

2<sup>o</sup> OCMW's : de openbare centra voor maatschappelijk welzijn die in het Duitse taalgebied gevestigd zijn;

3<sup>o</sup> niet-werkende werkzoekende : de natuurlijke persoon die :

a) bij de Dienst voor arbeidsbemiddeling als niet-werkende werkzoekende ingeschreven is;

b) zijn woonplaats in het Duitse taalgebied heeft;

c) niet leerplichtig is;

d) de wettelijke pensioenleeftijd niet bereikt heeft;

4° duur van de inschrijving bij de Dienst voor arbeidsbemiddeling: de periode die begint te lopen vanaf de inschrijving als niet-werkende werkzoekende en gedurende welke de niet-werkende werkzoekende noch is aangeworven met toepassing van de wet van 27 juni 1969 tot herziening van de besluitwet van 28 december 1944 betreffende de maatschappelijke zekerheid der arbeiders, noch arbeid verricht onder het gezag van een andere persoon, noch zich in een statutaire rechtspositieregeling bevindt, noch een hoofdactiviteit als zelfstandige uitoefent;

5° AktiF-gerechtigden : de niet-werkende werkzoekenden beschreven in hoofdstuk 2, afdeling 1, die voldoen aan de daarin vermelde respectieve voorwaarden;

6° AktiF PLUS-gerechtigden : de niet-werkende werkzoekenden beschreven in hoofdstuk 2, afdeling 2, die voldoen aan de daarin vermelde voorwaarden;

7° AktiF-subsidie : de subsidie die kan worden toegekend aan de werkgever voor elke AktiF-gerechtigde die hij in dienst neemt;

8° AktiF PLUS-subsidie : de subsidie die kan worden toegekend aan de werkgever voor elke AktiF PLUS-gerechtigde die hij in dienst neemt;

9° attest : het document van de Dienst voor arbeidsbemiddeling waaruit blijkt dat de niet-werkende werkzoekende voldoet aan de subsidiëringsvoorwaarden voor AktiF-gerechtigden of AktiF PLUS-gerechtigden vermeld in hoofdstuk 2 en dit :

a) op het tijdstip van de afgifte van het attest, voor zover de niet-werkende werkzoekende nog niet in dienst werd genomen, of

b) de dag vóór zijn indiensttreding of de dag vóór het begin van een maatregel vermeld in de artikelen 9, 12 of 13.

De Regering kan bepalen :

1° wie gelijkgesteld moet worden met een niet-werkende werkzoekende in de zin van het eerste lid, 3°;

2° wat gelijkgesteld moet worden met de 'duur van de inschrijving bij de Dienst voor arbeidsbemiddeling' vermeld in het eerste lid, 4°;

3° wat moet worden verstaan onder een hoofdactiviteit als zelfstandige;

4° welke geldigheidsduur het attest vermeld in het eerste lid, 9°, heeft.

#### HOOFDSTUK 2. — *Subsidiëringsvoorwaarden*

##### *Afdeling 1. — AktiF-gerechtigden*

##### Onderafdeling 1. — Jonge werkzoekenden

**Art. 4.** Met behoud van de toepassing van het tweede lid kan de Regering een AktiF-subsidie toekennen voor de indienstneming van niet-werkende werkzoekenden die :

1° hoogstens 25 jaar oud zijn;

2° hoogstens houder zijn van :

a) een getuigschrift van het hoger secundair onderwijs en geen opleiding volgen die in de volgende drie maanden tot een hoger getuigschrift leidt, of;

b) een eindeleertijdsgetuigschrift van de leertijd vermeld in artikel 7 van het decreet van 16 december 1991 betreffende de opleiding en de voortgezette opleiding in de Middenstand en de KMO's en geen leertijd volgen die in de volgende drie maanden tot een hoger getuigschrift leidt, of

c) een gelijkwaardig getuigschrift als onder a) en b) van een andere deelentiteit of van een andere Staat;

3° een duur van inschrijving bij de Dienst voor arbeidsbemiddeling hebben van minstens zes maanden.

De Regering kan een AktiF-subsidie toekennen voor de indienstneming van niet-werkende werkzoekenden die :

1° hoogstens 25 jaar oud zijn;

2° geen houder zijn van:

a) een getuigschrift van het hoger secundair onderwijs en geen opleiding volgen die in de volgende drie maanden tot zo een getuigschrift leidt, noch van

b) een eindeleertijdsgetuigschrift van de leertijd vermeld in artikel 7 van het decreet van 16 december 1991 betreffende de opleiding en de voortgezette opleiding in de Middenstand en de KMO's en geen leertijd volgen die in de volgende drie maanden tot zo een getuigschrift leidt, noch van

c) een gelijkwaardig getuigschrift als onder a) en b) van een andere deelentiteit of van een andere Staat.

De Regering kan aanvullende voorwaarden bepalen voor de toekenning van de subsidie vermeld in het eerste en het tweede lid.

##### Onderafdeling 2. — Oudere werkzoekenden

**Art. 5.** De Regering kan een AktiF-subsidie toekennen voor de indienstneming van niet-werkende werkzoekenden die :

1° minstens 50 jaar oud zijn;

2° de laatste betrekking onvrijwillig verloren hebben.

De Regering kan :

1° bepalen wat moet worden verstaan onder 'vrijwillig verloren betrekking' in de zin van dit artikel;

2° aanvullende voorwaarden bepalen voor de toekenning van de subsidie vermeld in het eerste lid.

## Onderafdeling 3. — Langdurig werkzoekenden

**Art. 6.** De Regering kan een AktiF-subsidie toekennen voor de indienstneming van niet-werkende werkzoekenden die een duur van inschrijving bij de Dienst voor arbeidsbemiddeling hebben van minstens twaalf maanden.

De Regering kan aanvullende voorwaarden bepalen voor de toekenning van de AktiF-subsidie vermeld in het eerste lid.

## Onderafdeling 4. — Slachtoffers van herstructureringen

**Art. 7.** De Regering kan een AktiF-subsidie toekennen voor niet-werkende werkzoekenden die met toepassing van artikel 31 van de wet van 23 december 2005 betreffende het generatiepact in het kader van een herstructurering ontslagen werden of voor niet-werkende werkzoekenden die in het kader van een faillissement, sluiting of vereffening van een onderneming ontslagen werden.

De Regering kan aanvullende voorwaarden bepalen voor de toekenning van de subsidie vermeld in het eerste lid.

## Afdeling 2. — AktiF PLUS-gerechtigden

**Art. 8.** De Regering kan een AktiF PLUS-subsidie toekennen voor de indienstneming van niet-werkende werkzoekenden die minstens twee belemmeringen bij het vinden van werk hebben.

Als belemmeringen bij het vinden van werk in de zin van het eerste lid gelden :

1° een verminderde arbeidsgeschiktheid;

2° een duur van inschrijving bij de Dienst voor arbeidsbemiddeling van minstens 24 maanden;

3° geen getuigschrift van het hoger secundair onderwijs hebben of geen eindeleertijdsgetuigschrift van de leertijd hebben vermeld in artikel 7 van het decreet van 16 december 1991 betreffende de opleiding en de voortgezette opleiding in de Middenstand en de KMO's of geen gelijkwaardig getuigschrift van een andere deelentiteit of van een andere Staat hebben;

4° geen niveau B1 overeenkomstig het Gemeenschappelijk Europees Referentiekader voor Moderne Vreemde Talen bereiken, noch in Duits, noch in Frans.

De Regering :

1° bepaalt wat moet worden verstaan onder 'verminderde arbeidsgeschiktheid' in de zin van dit artikel;

2° bepaalt de nadere regels om die belemmeringen bij het vinden van werk te onderzoeken;

3° kan aanvullende voorwaarden bepalen voor de toekenning van de subsidie vermeld in het eerste lid.

**Art. 9.** In afwijking van artikel 8 kan de Regering een lijst van maatregelen voor socio-professionele integratie vastleggen. Nadat een AktiF PLUS-gerechtigde aan een van die maatregelen heeft deelgenomen, wordt een AktiF PLUS-subsidie toegekend aan een werkgever, zonder dat de AktiF PLUS-gerechtigde na zijn deelneming aan de voormelde maatregel opnieuw in het bezit is van het attest, op voorwaarde dat:

1° de AktiF PLUS-gerechtigde binnen dertig dagen na begin van de voormelde maatregel in het bezit van het attest is en

2° de werkgever de AktiF PLUS-gerechtigde binnen zes maanden na deelneming aan de voormelde maatregel in dienst neemt.

De Regering bepaalt de minimale duur van de deelneming aan de in het eerste lid vermelde maatregel.

## HOOFDSTUK 3. — Algemene subsidies

## Afdeling 1. — Toepassingsgebied

**Art. 10.** Voor de toepassing van dit hoofdstuk wordt onder 'werkgever' verstaan : elke natuurlijke persoon of rechtspersoon die een AktiF-gerechtigde of AktiF PLUS-gerechtigde onder zijn verantwoordelijkheid en gezag tewerkstelt en bezoldigt en die in het kader van dit decreet en de uitvoeringsbesluiten ervan een subsidie krijgt.

De bepalingen van dit hoofdstuk zijn niet van toepassing op werkgevers die :

1° werknemers tewerkstellen in het kader van arbeidsovereenkomsten voor uitzendarbeid overeenkomstig hoofdstuk II van de wet van 24 juli 1987 betreffende de tijdelijke arbeid, de uitzendarbeid en het ter beschikking stellen van werknemers ten behoeve van gebruikers;

2° niet onder het toepassingsgebied vallen van de wet van 27 juni 1969 tot herziening van de besluitwet van 28 december 1944 betreffende de maatschappelijke zekerheid der arbeiders.

## Afdeling 2. — Duur, bedrag en uitbetaling van de subsidie

**Art. 11.** § 1 - Binnen de perken van de daarvoor beschikbare begrotingskredieten kan de Regering in het kader van dit hoofdstuk de volgende subsidies toekennen :

1° een AktiF-subsidie voor een niet-verlengbare periode van twee jaar;

2° een AktiF PLUS-subsidie voor een niet-verlengbare periode van drie jaar.

§ 2 - De AktiF-subsidie vermeld in § 1, 1°, bedraagt 500 euro per maand.

Vanaf de 13<sup>e</sup> volledige maand die volgt op de maand van indiensttreding bedraagt de AktiF-subsidie 300 euro per maand.

§ 3 - De AktiF PLUS-subsidie vermeld in § 1, 2°, bedraagt 1.000 euro per maand.

Vanaf de 13<sup>e</sup> volledige maand die volgt op de maand van indiensttreding bedraagt de AktiF PLUS-subsidie 600 euro per maand.

Vanaf de 25<sup>e</sup> volledige maand die volgt op de maand van indiensttreding bedraagt de AktiF PLUS-subsidie 300 euro per maand.

§ 4 - De Regering kan nog andere nadere regels voor de subsidiëring vastleggen.

**Art. 12.** Indien een AktiF-gerechtigde of AktiF PLUS-gerechtigde binnen dertig dagen na begin van een reglementaire opleidingsmaatregel in het bezit is van het attest en in aansluiting op die opleidingsmaatregel bij dezelfde werkgever tewerkgesteld wordt, heeft hij niet opnieuw een attest nodig voor de toekenning van de subsidie vermeld in artikel 11.

**Art. 13.** § 1 - Indien een AktiF-gerechtigde in aansluiting op een door de Regering vastgelegde opleidingsmaatregel bij dezelfde werkgever tewerkgesteld wordt, bedraagt de AktiF-subsidie gedurende de hele, in artikel 11, 1°, vermelde periode 500 euro per maand, voor zover de AktiF-gerechtigde binnen dertig dagen na begin van de opleidingsmaatregel in het bezit van het attest is.

§ 2 - Indien een AktiF PLUS-gerechtigde in aansluiting op de opleidingsmaatregel vermeld in § 1 bij dezelfde werkgever tewerkgesteld wordt, bedraagt de AktiF PLUS-subsidie 1.000 euro per maand, voor zover de AktiF PLUS-gerechtigde binnen dertig dagen na begin van de opleidingsmaatregel in het bezit van het attest is.

Vanaf de 25<sup>e</sup> volledige maand die volgt op de maand van indiensttreding bedraagt de AktiF PLUS-subsidie 600 euro per maand.

In afwijking van het eerste lid kan de Regering de AktiF PLUS-subsidie vermeld in het eerste en het tweede lid toekennen, zonder dat de AktiF PLUS-gerechtigde bij het begin van de opleiding vermeld in het eerste lid in het bezit van het attest is, indien hij die opleidingsmaatregel in aansluiting op de maatregel vermeld in artikel 9 of uiterlijk binnen de zes daaropvolgende maanden aanvat.

§ 3 - Voor de toepassing van de §§ 1 en 2 kan de AktiF-subsidie of AktiF PLUS-subsidie slechts toegekend worden, indien de AktiF-gerechtigde of AktiF PLUS-gerechtigde de daar vermelde opleidingsmaatregel tot het einde doorlopen heeft.

§ 4 - Voor de toepassing van dit artikel kan de Regering bijzondere nadere regels vastleggen voor de personen die vóór inwerkingtreding van dit decreet een opleidingsmaatregel vermeld in § 1 hebben aangevat en op dat tijdstip aan de voorwaarden vermeld in hoofdstuk 2 voldeden.

**Art. 14.** § 1 - De Regering betaalt de subsidies vermeld in artikel 11 vanaf de maand van indiensttreding maandelijks in de vorm van een terugvorderbaar voorschot.

Voor de toepassing van dit hoofdstuk is de indiensttreding de dag waarop :

1° de AktiF-gerechtigde of AktiF PLUS-gerechtigde werkelijk in dienst genomen wordt;

2° een schriftelijke arbeidsovereenkomst gesloten wordt overeenkomstig de wet van 3 juli 1978 betreffende de arbeidsovereenkomsten;

3° de aangifte van indiensttreding is ingediend overeenkomstig artikel 4 van het koninklijk besluit van 5 november 2002 tot invoering van een onmiddellijke aangifte van tewerkstelling, met toepassing van artikel 38 van de wet van 26 juli 1996 tot modernisering van de sociale zekerheid en tot vrijwaring van de leefbaarheid van de wettelijke pensioenstelsels.

§ 2 - De maandelijks subsidies stemmen overeen met het resultaat bekomen door de desbetreffende subsidie te vermenigvuldigen met een breuk waarvan de noemer het aantal werkdagen van de maand naargelang de toe te passen arbeidstijdregeling is en de teller het aantal werkelijke of daarmee gelijkgestelde arbeidsdagen is waarvoor de werkgever een wedde heeft betaald.

Bij een deeltijdse betrekking worden de subsidies telkens evenredig verminderd op basis van de arbeidsduur in verhouding tot een voltijdse betrekking bij de werkgever.

Met het oog op de aanpassing aan de beschikbare begrotingskredieten kan de Regering de AktiF-subsidie en AktiF PLUS-subsidie met een coëfficiënt vermenigvuldigen.

§ 3 - De Regering kan nadere regels voor de uitbetaling en indexering van de subsidies bepalen.

**Art. 15.** Met behoud van de toepassing van hoofdstuk 6 eindigt de toekenning van de AktiF-subsidie of AktiF PLUS-subsidie indien :

1° de periode vermeld in artikel 11, § 1, verstreken is;

2° de arbeidsovereenkomst beëindigd wordt.

**Art. 16.** Er wordt geen subsidie toegekend aan werkgevers die een AktiF-gerechtigde of AktiF PLUS-gerechtigde in dienst nemen die in het jaar vóór de tewerkstelling bij dezelfde werkgever of bij een met hem verbonden instelling tewerkgesteld was, met uitzondering van werknemers die bij dezelfde werkgever of bij een met hem verbonden instelling in het kader van een tewerkstellingsmaatregel tewerkgesteld waren.

De Regering kan bepalen wat onder de tewerkstellingsmaatregelen vermeld in het eerste lid moet worden verstaan.

### *Afdeling 3. — Aanvraagprocedure en klachtenprocedure*

**Art. 17.** De werkgevers kunnen de toekenning van de subsidies bij de Regering aanvragen. De aanvraag omvat minstens inlichtingen over de werkgever en over de AktiF-gerechtigde of AktiF PLUS-gerechtigde, alsook het attest.

De Regering bepaalt :

1° de verdere elementen en inlichtingen die de aanvraag omvat;

2° de procedure voor de aanvraag en de besluitvorming.

**Art. 18.** Als zijn aanvraag geweigerd werd, kan de betrokken werkgever klacht indienen bij de Regering. Die klacht geschiedt aangetekend en binnen een maand na kennisgeving van de beslissing.

De Regering kan de nadere regels voor de klachtenprocedure bepalen.

HOOFDSTUK 4. — *Bijzondere subsidies**Afdeling 1. — Projectgebonden betrekkingen*

## Onderafdeling 1. — Toepassingsgebied

**Art. 19.** Voor de toepassing van deze afdeling wordt onder 'werkgevers' verstaan: de volgende instellingen die een AktiF-gerechtigde of AktiF PLUS-gerechtigde onder hun verantwoordelijkheid en gezag tewerkstellen en bezoldigen:

1° de instellingen vermeld in artikel 2, 2°, van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap;

2° de verenigingen zonder winstoogmerk vermeld in de wet van 27 juni 1921 betreffende de verenigingen zonder winstoogmerk, de stichtingen en de Europese politieke partijen en stichtingen, alsook de stichtingen van openbaar nut die gevestigd zijn op het Duitse taalgebied, voor zover ze taken uitoefenen die tot de bevoegdheid van de Duitstalige Gemeenschap behoren of die daarmee verbonden zijn, met uitzondering van de ziekenhuizen.

## Onderafdeling 2. — Duur, bedrag en uitbetaling

**Art. 20.** Binnen de perken van de daarvoor beschikbare begrotingskredieten kan de Regering, overeenkomstig de door haar vastgelegde voorwaarden, een AktiF-subsidie of AktiF PLUS-subsidie toekennen voor een verlengbare periode van hoogstens vijf jaar, voor zover de werkgever de AktiF-gerechtigde of AktiF PLUS-gerechtigde tewerkstelt in het kader van een projectgebonden betrekking.

De Regering bepaalt wat onder 'projectgebonden betrekking' wordt verstaan.

**Art. 21.** § 1 - Bij een nieuwe aanwerving bedraagt de AktiF-subsidie vermeld in artikel 20 1.000 euro per maand. Vanaf de 13<sup>e</sup> volledige maand die volgt op de maand van indiensttreding bedraagt de AktiF-subsidie 917 euro per maand.

§ 2 - Bij een nieuwe aanwerving bedraagt de AktiF PLUS-subsidie vermeld in artikel 20 1.833 euro per maand.

Vanaf de 13<sup>e</sup> volledige maand die volgt op de maand van indiensttreding bedraagt de AktiF PLUS-subsidie 1.750 euro per maand.

§ 3 - Indien een AktiF-gerechtigde of AktiF PLUS-gerechtigde bij het begin van een reglementaire opleidingsmaatregel in het bezit is van het attest en in aansluiting op die opleidingsmaatregel bij dezelfde werkgever tewerkgesteld wordt, heeft hij niet opnieuw een attest nodig voor de toekenning van de AktiF-subsidie of AktiF PLUS-subsidie.

§ 4 - De Regering kan :

1° nog andere nadere regels voor de subsidiëring bepalen;

2° bepalen wat onder 'nieuwe aanwerving' wordt verstaan.

**Art. 22.** De AktiF-subsidies en AktiF PLUS-subsidies vermeld in artikel 21 worden toegekend en uitbetaald overeenkomstig de nadere regels en de voorwaarden vermeld in de artikelen 14 en 16.

## Onderafdeling 3. — Aanvraagprocedure

**Art. 23.** De werkgevers kunnen de toekenning van de subsidies bij de Regering aanvragen. De aanvraag omvat minstens inlichtingen over de werkgever, het aantal aangevraagde betrekkingen en een projectbeschrijving.

De Regering bepaalt :

1° de verdere elementen en inlichtingen die de aanvraag omvat;

2° de procedure voor de aanvraag en de besluitvorming;

3° de klachtenprocedure.

*Afdeling 2. — Betrekkingen in het kader van een overeenkomst*

## Onderafdeling 1. — Toepassingsgebied

**Art. 24.** Voor de toepassing van deze afdeling wordt onder 'werkgevers' verstaan: de volgende overheidsinstanties die een AktiF-gerechtigde of AktiF PLUS-gerechtigde onder hun verantwoordelijkheid en gezag tewerkstellen en bezoldigen :

1° de gemeenten van het Duitse taalgebied;

2° de verenigingen van gemeenten, met uitzondering van de verenigingen van gemeenten die een economisch doel nastreven, en de containerparken die gevestigd zijn op het Duitse taalgebied;

3° de autonome gemeentebedrijven die actief zijn in de domeinen cultuur, sport, toerisme of vrije tijd, onderwijs, sociale zaken, wetenschap of zorg en die gevestigd zijn op het Duitse taalgebied;

4° de openbare centra voor maatschappelijk welzijn, de verenigingen van openbare centra voor maatschappelijk welzijn en de intercommunale centra voor maatschappelijk welzijn die gevestigd zijn op het Duitse taalgebied;

5° de meergemeentezones van de lokale politie vermeld in artikel 9 van de wet van 7 december 1998 tot organisatie van een geïntegreerde politiedienst, gestructureerd op twee niveaus.

De Regering kan het toepassingsgebied uitbreiden tot andere overheidsinstanties.

## Onderafdeling 2. — Duur, bedrag en uitbetaling

**Art. 25.** Binnen de perken van de daarvoor beschikbare begrotingskredieten kan de Regering, overeenkomstig de door haar vastgelegde voorwaarden, in het kader van een overeenkomst met de werkgever, een budget toekennen voor de tewerkstelling van AktiF-gerechtigden of AktiF PLUS-gerechtigden. Binnen de perken van dat budget kan de Regering AktiF-subsidies of AktiF PLUS-subsidies toekennen. De overeenkomst heeft telkens een looptijd van ten hoogste vijf jaar en kan worden verlengd.

De Regering bepaalt het budget dat ter beschikking staat van de werkgevers in het bijzonder op basis van de mate waarin die werkgevers werkelijk een beroep doen op programma's voor wedertewerkstelling in het kader van artikel 6, § 1, IX, 2°, van de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen en/of op basis van het werkloosheidscijfer in de gemeenten voor een referentiemaand.

**Art. 26.** § 1 - Bij een nieuwe aanwerving bedraagt de AktiF-subsidie vermeld in artikel 25, eerste lid, 1.000 euro per maand.

Vanaf de 13<sup>e</sup> volledige maand die volgt op de maand van indiensttreding bedraagt de AktiF-subsidie 917 euro per maand.

§ 2 - Bij een nieuwe aanwerving bedraagt de AktiF PLUS-subsidie vermeld in artikel 25, eerste lid, 1.833 euro per maand.

Vanaf de 13<sup>e</sup> volledige maand die volgt op de maand van indiensttreding bedraagt de AktiF PLUS-subsidie 1.750 euro per maand.

§ 3 - Indien een AktiF-gerechtigde of AktiF PLUS-gerechtigde bij het begin van een reglementaire opleidingsmaatregel in het bezit is van het attest en in aansluiting op die opleidingsmaatregel bij dezelfde werkgever tewerkgesteld wordt, heeft hij niet opnieuw een attest nodig voor de toekenning van de AktiF-subsidie of AktiF PLUS-subsidie.

§ 4 - De Regering kan :

1<sup>o</sup> nog andere nadere regels voor de subsidiëring bepalen;

2<sup>o</sup> bepalen wat onder 'nieuwe aanwerving' wordt verstaan.

**Art. 27.** De Regering betaalt het budget vermeld in artikel 25 maandelijks in twaalfden in de vorm van een terugvorderbaar voorschot.

De toekenning van de AktiF-subsidie of AktiF PLUS-subsidie geschiedt overeenkomstig de voorwaarden bepaald in artikel 16.

**Art. 28.** Het door de Regering vastgelegde budget staat ter beschikking van de in artikel 24, 1<sup>o</sup>, vermelde gemeenten voor volledige of gedeeltelijke overdracht aan andere werkgevers die een activiteit binnen of voor de betrokken gemeente uitoefenen. Deze overdracht wordt vastgesteld in de overeenkomst waarin artikel 25 voorziet.

Deze overdracht omvat alle rechten en plichten van de gemeente in het kader van dit decreet en de uitvoeringsbesluiten ervan.

#### HOOFDSTUK 5. — *Onverenigbaarheden*

**Art. 29.** AktiF-subsidies voor de tewerkstelling van een AktiF-gerechtigde kunnen niet met elkaar gecumuleerd worden in het kader van dezelfde arbeidsovereenkomst.

AktiF PLUS-subsidies voor de tewerkstelling van een AktiF PLUS-gerechtigde kunnen niet met elkaar gecumuleerd worden in het kader van dezelfde arbeidsovereenkomst.

In het kader van dezelfde arbeidsovereenkomst kunnen AktiF -subsidies voor de tewerkstelling van een AktiF-gerechtigde of AktiF PLUS-gerechtigde niet gecumuleerd worden met AktiF PLUS-subsidies.

**Art. 30.** Indien de werkgever met toepassing van hoofdstuk 3 AktiF-subsidies of AktiF PLUS-subsidies ontvangt, kan niet overgestapt worden naar het toepassingsgebied van hoofdstuk 4 voor een en dezelfde AktiF-gerechtigde of AktiF PLUS-gerechtigde.

Indien de werkgever AktiF-subsidies of AktiF PLUS-subsidies ontvangt met toepassing van hoofdstuk 4, kan niet overgestapt worden naar het toepassingsgebied van hoofdstuk 3 voor een en dezelfde AktiF-gerechtigde of AktiF PLUS-gerechtigde.

**Art. 31.** De AktiF-subsidies en AktiF PLUS-subsidies vermeld in de hoofdstukken 3 en 4 kunnen niet gecumuleerd worden met toelagen die toegekend worden met toepassing van artikel 60, § 7, van de organieke wet van 8 juli 1976 betreffende de openbare centra voor maatschappelijk welzijn.

**Art. 32.** De AktiF-subsidies en AktiF PLUS-subsidies vermeld in hoofdstuk 4 kunnen niet gecumuleerd worden met de dienstencheques vermeld in de wet van 20 juli 2001 tot bevordering van buurtdiensten en -banen.

**Art. 33.** De Regering kan nog andere cumulatieverbodsbepalingen en uitzonderingen vastleggen.

#### HOOFDSTUK 6. — *Ingebrekestelling, schorsing en stopzetting van de subsidies*

**Art. 34.** § 1 - De toekenning van de subsidies is gebonden aan de naleving van de in dit decreet vastgelegde verplichtingen en voorwaarden die aan de toekenning van de AktiF-subsidies of AktiF PLUS-subsidies ten grondslag liggen.

Met behoud van de toepassing van het eerste lid is de toekenning van de subsidies gebonden aan de naleving van de voorschriften inzake non-discriminatie, comptabiliteit, fiscaal recht, sociaal recht en arbeidsrecht die van toepassing zijn op de werkgevers.

§ 2 - Werkgevers die ten onrechte subsidies ontvangen, worden niet gesubsidieerd.

Een werkgever wordt geacht een subsidie ten onrechte te ontvangen in de zin van het eerste lid, als hij door de rechtshandeling - of het geheel van de rechtshandelingen - die hij in voorkomend geval in samenwerking met een personeelslid of een andere derde stelt, een verrichting tot stand brengt die hem de mogelijkheid biedt aanspraak te maken op een subsidiëring in het kader van een bepaling van dit decreet waarvan de toekenning in strijd zou zijn met de doelstellingen van die bepaling en die in wezen het verkrijgen van die subsidiëring tot doel heeft.

In afwijking van het eerste en het tweede lid geldt een subsidie als "terecht ontvangen" als de werkgever bewijst dat de keuze van de rechtshandeling of het geheel van rechtshandelingen vermeld in het tweede lid door andere motieven verantwoord is dan door de wil om subsidies te ontvangen.

§ 3 - De Regering kan :

1<sup>o</sup> de voorschriften vermeld in § 1, tweede lid, preciseren;

2<sup>o</sup> nog andere verplichtingen voor het behoud van de toekenning van de subsidies vastleggen.

**Art. 35.** Indien de Regering vaststelt dat de werkgever één of meer verplichtingen of voorwaarden niet naleeft, maant ze hem, volgens de door haar vastgestelde nadere regels, aan om schriftelijk een standpunt omtrent die vaststellingen in te nemen.



Met behoud van de toepassing van de strafbepalingen vervat in hoofdstuk 7 en met behoud van de toepassing van artikel 104, § 3, van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap kan de Regering een werkgever in gebreke stellen en de toekenning van de subsidies tijdelijk schorsen en uiteindelijk stopzetten.

De Regering kan :

1° de procedure voor de ingebrekestelling, schorsing en stopzetting vastleggen;

2° een lijst opstellen van feiten die ertoe leiden dat de werkgever van de toepassing van dit decreet wordt uitgesloten voor een periode van ten hoogste vijf jaar.

**Art. 36.** Als de subsidies geschorst of stopgezet worden, kan de betrokken werkgever klacht indienen bij de Regering. Die klacht geschiedt aangetekend en binnen een maand na kennisgeving van de beslissing.

De Regering kan de nadere regels voor de klachtenprocedure bepalen.

**Art. 37.** De controle van de aanwending van de subsidies en in voorkomend geval de terugvordering van de toegekende subsidies geschieden overeenkomstig de wet van 16 mei 2003 tot vaststelling van de algemene bepalingen die gelden voor de begrotingen, de controle op de subsidies en voor de boekhouding van de gemeenschappen en de gewesten, alsook voor de organisatie van de controle door het Rekenhof.

#### HOOFDSTUK 7. — *Strafbepalingen*

**Art. 38.** Wordt gestraft met een gevangenisstraf van zes maanden tot drie jaar en met een strafrechtelijke geldboete van 600 tot 6.000 euro of met één van die straffen of met een administratieve geldboete van 300 tot 3.000 euro eenieder die, met het oogmerk ten onrechte subsidie te bekomen of te doen bekomen, te behouden of te doen behouden:

1° valsheid in geschrifte heeft gepleegd, hetzij door valse handtekeningen, hetzij door namaking of vervalsing van geschriften of handtekeningen, hetzij door overeenkomsten, beschikkingen, verbintenissen of schuldbevrijdingen valselijk op te maken of in een akte in te voegen, hetzij door toevoeging of vervalsing van bedingen, verklaringen of feiten die deze akte ten doel had op te nemen of vast te stellen;

2° zich bediend heeft van een valse akte of een vals stuk;

3° valsheid heeft gepleegd door gegevens die worden opgeslagen, verwerkt of overgedragen door middel van een informaticasysteem, in een informaticasysteem in te brengen, te wijzigen of te wissen, of met enig ander technologisch middel de mogelijke aanwending van gegevens in een informaticasysteem te veranderen, waardoor de juridische draagwijdte van dergelijke gegevens verandert;

4° gebruik heeft gemaakt van die gegevens, terwijl hij weet dat de aldus verkregen gegevens vals zijn.

**Art. 39.** Wordt gestraft overeenkomstig artikel 38 eenieder die wetens en willens :

1° een onjuiste of onvolledige verklaring heeft afgelegd om ten onrechte subsidie te bekomen of te doen bekomen, te behouden of te doen behouden;

2° heeft nagelaten of geweigerd om een verplichte verklaring af te leggen of de inlichtingen te verstrekken die hij gehouden is te verstrekken om ten onrechte subsidie te bekomen of te doen bekomen, te behouden of te doen behouden;

3° ingevolge een verklaring vermeld in 1°, het nalaten of het weigeren om een verklaring af te leggen of inlichtingen te verstrekken vermeld in 2°, of een akte of handeling vermeld in artikel 38, een subsidie heeft ontvangen waarop hij geen aanspraak had of waarop hij slechts gedeeltelijk aanspraak had.

**Art. 40.** Overeenkomstig artikel 38 wordt gestraft, eenieder die, met het oogmerk ten onrechte een subsidie te bekomen of te doen bekomen, te behouden of te doen behouden, gebruik heeft gemaakt van valse namen, valse hoedanigheden of valse adressen, of enige andere bedrieglijke handeling aangewend heeft om te doen geloven aan het bestaan van een valse persoon, een valse onderneming, of enige andere fictieve gebeurtenis of om op andere wijze misbruik te maken van het vertrouwen.

**Art. 41.** De opdecimen vermeld in artikel 1, eerste lid, van de wet van 5 maart 1952 betreffende de opdecimen op de strafrechtelijke geldboeten zijn van toepassing op de administratieve geldboeten vermeld in dit hoofdstuk.

In geval van een administratieve geldboete maakt de Regering in haar beslissing melding van de vermenigvuldiging ingevolge de voormelde wet van 5 maart 1952 en vermeldt ze het bedrag dat uit die verhoging voortvloeit.

**Art. 42.** Op de bestraffing van de overtredingen vermeld in dit hoofdstuk zijn de bepalingen van boek I, titel 6, hoofdstukken 3 en 4, van het Sociaal Strafwetboek van toepassing.

#### HOOFDSTUK 8. — *Rapportering*

**Art. 43.** De Regering maakt jaarlijks een verslag op over de toepassing van dit decreet; ze doet dit uiterlijk op 30 juni van het jaar dat volgt op het toepassingsjaar. Ze bezorgt dat verslag aan het Parlement.

#### HOOFDSTUK 9. — *Slotbepalingen*

**Art. 44.** Artikel 1, eerste lid, van het koninklijk besluit nr. 474 van 28 oktober 1986 tot opzetting van een stelsel van door de Staat gesubsidieerde contractuelen bij sommige plaatselijke besturen, gewijzigd bij het decreet van 27 april 2009, wordt vervangen als volgt :

“Voor de toepassing van dit besluit wordt als ‘plaatselijk bestuur’ beschouwd : een gemeente of een vereniging van gemeenten die een gesubsidieerde contractueel tewerkstelt voor de exploitatie van een containerpark dat bestaat uit een behoorlijk erkende en bewaakte omheinde ruimte voor de selectieve opslag van afvalstoffen die er gesorteerd en, naargelang hun aard, over verschillende containers verspreid worden om vervolgens te worden afgevoerd naar centra waar ze, zo mogelijk, gevaloriseerd of, in voorkomend geval, verwijderd worden.”

**Art. 45.** Artikel 5 van hetzelfde koninklijk besluit wordt vervangen als volgt :

" § 1 - De volgende niet-werkende werkzoekenden die als werkzoekenden zijn ingeschreven, kunnen een betrekking als gesubsidieerde contractueel bekleden :

1° de uitkeringsgerechtigde niet-werkende volledige werklozen in de zin van het koninklijk besluit van 25 november 1991 houdende de werkloosheidsreglementering;

2° de niet-werkende rechthebbenden op een inkomensvervangende tegemoetkoming of een integratie-tegemoetkoming overeenkomstig de wet van 27 februari 1987 betreffende de tegemoetkomingen aan personen met een handicap;

3° de werklozen bedoeld in artikel 89 van het voormelde koninklijk besluit;

4° de uitkeringsgerechtigde volledige werklozen die een beroepsopleiding volgen die georganiseerd of erkend wordt door de Dienst voor arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap, het Instituut voor de opleiding en de voortgezette opleiding in de Middenstand en de KMO's of de Dienst voor zelfbeschikkend leven;

5° de niet-werkende rechthebbenden op het leefloon bepaald in de wet van 26 mei 2002 betreffende het recht op maatschappelijke integratie;

6° de niet-werkende bijstandsgerechtigden die wegens hun nationaliteit geen recht hebben op het leefloon bepaald in de wet van 26 mei 2002 betreffende het recht op maatschappelijke integratie, die ingeschreven zijn in het vreemdelingenregister, voor zover ze vrijgesteld zijn van de verplichting tot het aanvragen van een arbeidskaart overeenkomstig artikel 2 van het koninklijk besluit van 9 juni 1999 houdende de uitvoering van de wet van 30 april 1999 betreffende de tewerkstelling van buitenlandse werknemers of voor zover ze in het bezit zijn van een arbeidskaart;

7° de asielzoekers die in het bezit zijn van een geldige arbeidskaart C overeenkomstig artikel 17, 1°, van het voormelde koninklijk besluit van 9 juni 1999;

8° de niet-werkende werkzoekenden die hun woonplaats hebben in het Duitse taalgebied.

§ 2 - De personen die in dienst worden genomen als gesubsidieerde contractuelen mogen op de dag vóór de uitvoering van de overeenkomst geen hoger diploma hebben dan dat van het hoger secundair onderwijs.

§ 3 - De situatie van de personen vermeld in § 1 wordt beoordeeld op de dag vóór de uitvoering van de overeenkomst.

§ 4 - De Regering kan het toepassingsgebied van dit artikel beperken of uitbreiden."

**Art. 46.** In de programmawet van 30 december 1988 worden opgeheven :

1° titel III, hoofdstuk II, dat de artikelen 93 tot 101 omvat, laatstelijk gewijzigd bij de wet van 24 april 2014;

2° titel III, hoofdstuk II<sup>ter</sup>, dat artikel 101<sup>quater</sup> omvat, ingevoegd bij het decreet van 25 juni 2007.

**Art. 47.** In artikel 1, eerste lid, van het decreet van het Waals Gewest van 5 februari 1998 houdende toezicht en controle op de naleving van de wetgeving betreffende het tewerkstellingsbeleid, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 25 april 2016, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° de bepaling onder 13° wordt opgeheven;

2° er wordt een bepaling onder 26° ingevoegd, luidende :

"26° het decreet van 28 mei 2018 betreffende de AktiF- en AktiF-PLUS-maatregel ter bevordering van de werkgelegenheid en de uitvoeringsbesluiten ervan."

**Art. 48.** In artikel 339 van de programmawet (I) van 24 december 2002, laatstelijk gewijzigd bij het programmadecreet van 26 februari 2018, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in het eerste lid, 2°, wordt het getal "54" vervangen door het getal "55";

2° tussen het tweede lid en het derde lid, dat het vierde lid wordt, wordt een nieuw derde lid ingevoegd, luidende :

"De doelgroepenvermindering eindigt op de eerste dag van het kwartaal dat volgt op het kwartaal waarin de werknemers de wettelijke pensioenleeftijd hebben bereikt."

**Art. 49.** In dezelfde programmawet worden opgeheven :

1° de artikelen 340 en 341;

2° titel IV, hoofdstuk 7, afdeling 3, onderafdeling 5, die de artikelen 346 en 347 omvat, laatstelijk gewijzigd bij de wet van 27 december 2012;

3° titel IV, hoofdstuk 7, afdeling 3, onderafdeling 7, die artikel 353<sup>bis</sup> omvat, ingevoegd bij de wet van 22 december 2003 en gewijzigd bij de wetten van 19 juni 2009 en 4 juli 2011.

**Art. 50.** Artikel 9 van het crisisdecreet van 19 april 2010 wordt opgeheven.

**Art. 51.** In het koninklijk besluit van 16 mei 2003 tot uitvoering van het Hoofdstuk 7 van Titel IV van de programmawet van 24 december 2002 (I) betreffende de harmonisering en vereenvoudiging van de regelingen inzake verminderingen van de sociale zekerheidsbijdragen worden opgeheven :

1° artikel 7;

2° artikel 8, gewijzigd bij de koninklijke besluiten van 21 januari 2004 en 28 maart 2007;

3° artikel 9, gewijzigd bij de koninklijke besluiten van 21 januari 2004, 17 juli 2013 en 26 januari 2014;

4° artikel 10, gewijzigd bij de koninklijke besluiten van 21 januari 2004 en 28 maart 2007;

5° artikel 11, gewijzigd bij de koninklijke besluiten van 21 januari 2004 en 28 maart 2007;

6° artikel 13;

7° artikel 14<sup>bis</sup>, eerste lid, ingevoegd bij het koninklijk besluit van 21 januari 2004 en gewijzigd bij het koninklijk besluit van 28 maart 2007;

8° titel III, hoofdstuk V, dat de artikelen 17 tot 20 omvat, laatstelijk gewijzigd bij het koninklijk besluit van 24 januari 2013;

9° titel III, hoofdstuk VII, dat de artikelen 28/1 tot 28/1<sup>ter</sup> omvat, laatstelijk gewijzigd bij het koninklijk besluit van 18 augustus 2011.

**Art. 52.** Opgeheven worden :

1° het besluit van de Waalse Regering van 11 mei 1995 betreffende de indienstneming van gesubsidieerde contractuelen door sommige openbare besturen en ermee gelijkgestelde werkgevers, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van de Regering van 28 september 2017;

2° het koninklijk besluit van 19 december 2001 tot bevordering van de tewerkstelling van langdurig werkzoekenden, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van de Regering van 28 september 2017;

3° het besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap van 20 december 2001 houdende toekenning van toelagen aan plaatselijke besturen die geco's tewerkstellen, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van de Regering van 28 september 2017;

4° het koninklijk besluit van 11 juli 2002 tot vaststelling van de financiële tussenkomst vanwege het openbaar centrum voor maatschappelijk welzijn in de loonkost van een gerechtigde op maatschappelijke integratie die wordt aangeworven in het kader van het Activaplan, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van de Regering van 28 september 2017;

5° het koninklijk besluit van 14 november 2002 tot vaststelling van de financiële tussenkomst vanwege het openbaar centrum voor maatschappelijk welzijn in de loonkost van een rechthebbende op financiële maatschappelijke hulp die wordt aangeworven in het kader van het Activaplan, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van de Regering van 28 september 2017;

6° het koninklijk besluit van 29 maart 2006 tot uitvoering van artikel 7, § 1, derde lid, m, van de besluitwet van 28 december 1944 betreffende de maatschappelijke zekerheid der arbeiders ter bevordering van de tewerkstelling van laaggeschoolde of erg laag geschoolde jongeren, gewijzigd bij de koninklijke besluiten van 20 juli 2006 en 2 mei 2007;

7° het besluit van de Regering van 29 april 2010 houdende invoering van een programma ter tewerkstelling van oudere werknemers in de private profitsector, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van de Regering van 28 september 2017.

**Art. 53.** De Regering kan regels vastleggen die de in de volgende teksten vastgelegde bepalingen betreffende de activering van de werkkuitkering en betreffende de vermindering van de sociale zekerheidsbijdragen geheel of gedeeltelijk beperken of opheffen :

1° het koninklijk besluit van 25 november 1991 houdende de werkloosheidsreglementering;

2° het koninklijk besluit van 3 mei 1999 tot uitvoering van artikel 7, § 1, derde lid, m, van de besluitwet van 28 december 1944 betreffende de maatschappelijke zekerheid der arbeiders, betreffende de herinschakeling van zeer moeilijk te plaatsen werklozen;

3° het koninklijk besluit van 11 juli 2002 tot vaststelling van de financiële tussenkomst vanwege het openbaar centrum voor maatschappelijk welzijn in de loonkost van een gerechtigde op maatschappelijke integratie die wordt tewerkgesteld in een sociale inschakelingsinitiatief;

4° het koninklijk besluit van 14 november 2002 tot vaststelling van de financiële tussenkomst vanwege het openbaar centrum voor maatschappelijk welzijn in de loonkost van een rechthebbende op financiële maatschappelijke hulp die wordt tewerkgesteld in een sociale inschakelingsinitiatief;

5° het koninklijk besluit van 16 mei 2003 tot uitvoering van het Hoofdstuk 7 van Titel IV van de programmawet van 24 december 2002 (I) betreffende de harmonisering en vereenvoudiging van de regelingen inzake verminderingen van de sociale zekerheidsbijdragen.

**Art. 54.** Voor de werknemers die vóór inwerkingtreding van dit decreet in dienst getreden zijn, blijven de werkgevers de doelgroepverminderingen ontvangen zoals vastgelegd in de artikelen 340 tot 341, 346, 347 en 353bis van de Programmawet (I) van 24 december 2002 of in de desbetreffende uitvoeringsbepalingen, zoals van kracht op 31 december 2018.

**Art. 55.** Met behoud van de toepassing van artikel 56 vallen werkgevers die - in het kader van het besluit van de Waalse Regering van 11 mei 1995 betreffende de indienstneming van gesubsidieerde contractuelen door sommige openbare besturen en ermee gelijkgestelde werkgevers - werknemers tewerkstellen die vóór inwerkingtreding van dit decreet in dienst zijn getreden, voor die werknemers onder de toepassing van dit decreet, behalve voor wat betreft het bedrag van de jaarlijkse premies, die onder de toepassing blijven vallen van de artikelen 4 en 5 van het voormelde besluit, zoals van kracht op 31 december 2018. Het aantal betrekkingen, uitgedrukt in voltijdse equivalenten, dat met toepassing van het voormelde besluit aan de werkgevers werd toegekend, wordt hen gedurende zes maanden nadat de arbeidsverhouding met de voormelde werknemers werd beëindigd verder toegekend, voor zover binnen die termijn een nieuwe aanwerving geschiedt met toepassing van hoofdstuk 4, afdeling 1, van dit decreet.

**Art. 56.** Voor de door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerde, erkende of gesubsidieerde onderwijsinstellingen blijven de bepalingen van titel III, hoofdstuk II, van de programmawet van 30 december 1988 en de desbetreffende uitvoeringsbepalingen, zoals van kracht op 31 december 2018, van kracht.

**Art. 57.** Werkgevers die - in het kader van het besluit van de Regering van 20 december 2001 houdende toekenning van toelagen aan plaatselijke besturen die geco's tewerkstellen - werknemers tewerkstellen die vóór inwerkingtreding van dit decreet in dienst zijn getreden, vallen, voor die werknemers, onder de toepassing van dit decreet, behalve voor wat betreft het bedrag van de toelagen, die onder de toepassing blijven vallen van de artikelen 5 tot 7 en 22.1 van het voormelde besluit van de Regering, zoals van kracht op 31 december 2018.

**Art. 58.** Werkgevers die - met toepassing van de wet van 24 december 1999 ter bevordering van de werkgelegenheid en met toepassing van het koninklijk besluit van 30 maart 2000 tot uitvoering van de artikelen 26, 27, eerste lid, 2°, 30, 39, § 1, en § 4, tweede lid, 40, tweede lid, 40bis, tweede lid, 41, 43, tweede lid, en 47, § 1, vijfde lid, van de wet van 24 december 1999 ter bevordering van de werkgelegenheid - in het kader van een afspraak omtrent de startbaanovereenkomst globaal project "hulp bij projecten in de sociale economie" werknemers tewerkstellen die vóór inwerkingtreding van dit decreet in dienst zijn getreden, blijven de volgens die afspraak bepaalde tegemoetkoming in de loonkosten ontvangen tot de arbeidsverhouding met die werknemers wordt beëindigd of tot de in die afspraak vastgelegde voorwaarden niet meer vervuld zijn. Het aantal betrekkingen, uitgedrukt in voltijdse equivalenten, dat met toepassing van de voormelde afspraken aan de werkgevers toegekend werd, wordt hen gedurende zes maanden nadat de arbeidsverhouding met de voormelde werknemers werd beëindigd verder toegekend, voor zover binnen die termijn een nieuwe aanwerving geschiedt met toepassing van hoofdstuk 4, afdeling 1, van dit decreet.

**Art. 59.** De werknemers die vóór inwerkingtreding van dit decreet in dienst zijn getreden, blijven de werkuitkering verder ontvangen onder de voorwaarden gesteld in het koninklijk besluit van 19 december 2001 tot bevordering van de tewerkstelling van langdurig werkzoekenden en onder de voorwaarden gesteld in het koninklijk besluit van 29 maart 2006 tot uitvoering van artikel 7, § 1, derde lid, m, van de besluitwet van 28 december 1944 betreffende de maatschappelijke zekerheid der arbeiders ter bevordering van de tewerkstelling van laaggeschoolde of erg laag geschoolde jongeren, zoals van kracht op 31 december 2018.

De Regering legt de verdere overgangsbepalingen vast.

**Art. 60.** Voor de werknemers die vóór inwerkingtreding van dit decreet in dienst zijn getreden, blijven de werkgevers de 'financiële tussenkomst' van de OCMW's ontvangen onder de voorwaarden gesteld in het koninklijk besluit van 11 juli 2002 tot vaststelling van de financiële tussenkomst vanwege het openbaar centrum voor maatschappelijk welzijn in de loonkost van een gerechtigde op maatschappelijke integratie die wordt aangeworven in het kader van het Activaplan en onder de voorwaarden gesteld in het koninklijk besluit van 14 november 2002 tot vaststelling van de financiële tussenkomst vanwege het openbaar centrum voor maatschappelijk welzijn in de loonkost van een rechthebbende op financiële maatschappelijke hulp die wordt aangeworven in het kader van het Activaplan, zoals van kracht op 31 december 2018.

**Art. 61.** Werkgevers die - in het kader van een bilateraal akkoord over de tewerkstelling van jongeren in de social profitsector en met toepassing van artikel 7 van het decreet van 14 december 2017 houdende de begroting van de ontvangsten en de algemene begroting van de uitgaven van de Duitstalige Gemeenschap voor het begrotingsjaar 2018 - werknemers tewerkstellen die vóór inwerkingtreding van dit decreet in dienst zijn getreden, blijven de volgens dat akkoord bepaalde tegemoetkoming in de loonkosten ontvangen tot de arbeidsverhouding met die werknemers wordt beëindigd of de voorwaarden bepaald in het akkoord niet meer vervuld zijn. Het aantal betrekkingen, uitgedrukt in voltijdse equivalenten, dat in het kader van het voormelde akkoord aan de werkgevers toegekend werd, wordt hen gedurende zes maanden nadat de arbeidsverhouding met de voormelde werknemers werd beëindigd verder toegekend, voor zover binnen die termijn een nieuwe aanwerving geschiedt met toepassing van hoofdstuk 4, afdeling 1, van dit decreet.

**Art. 62.** De werknemer die op 31 december 2018 het recht kan openen op een vermindering van de sociale zekerheidsbijdragen met toepassing van artikel 339 van de programmawet (I) van 24 december 2002, blijft tot de laatste dag van het kwartaal dat voorafgaat aan het kwartaal waarin hij de leeftijd van 55 jaar bereikt, in aanmerking komen voor een vermindering van de sociale zekerheidsbijdragen ten belope van het forfaitair bedrag G3 vermeld in artikel 336 van dezelfde wet.

**Art. 63.** Een werknemer die in een ander gewest een activering van de werkuitkering ontvangt met toepassing van bepalingen die bij of krachtens dit decreet na zijn indiensttreding opgeheven worden en die zijn woonplaats naar het Duitse taalgebied overbrengt, blijft de voormelde activering van de werkuitkering verder ontvangen overeenkomstig de voorwaarden gesteld in die bepalingen, zoals van kracht op 31 december 2018.

Een werknemer die in een ander gewest een vermindering van de sociale zekerheidsbijdragen ontvangt met toepassing van bepalingen die na zijn indiensttreding bij of krachtens dit decreet worden opgeheven en die naar een vestigingseenheid in het Duitse taalgebied wordt overgeplaatst of die - indien zijn werkgever geen vestigingseenheid in België heeft - hoofdzakelijk op het Duitse taalgebied tewerkgesteld wordt, blijft de voormelde vermindering van de sociale zekerheidsbijdragen verder ontvangen onder de voorwaarden gesteld in die bepalingen, zoals van kracht op 31 december 2018.

Het eerste en het tweede lid zijn niet van toepassing, wanneer de indiensttreding van de werknemer voor wie de activering van de werkuitkering of de vermindering van de sociale zekerheidsbijdragen toegekend werd, heeft plaatsgevonden na de opheffing van de erin bedoelde bepalingen door het gewest waar hij zijn woonplaats had of waar zich de vestigingseenheid bevond waarin hij tewerkgesteld was.

**Art. 64.** De in het kader van dit hoofdstuk toegekende subsidies, verminderingen en uitkeringen kunnen niet met AktiF-subsidies en AktiF PLUS-subsidies gecumuleerd worden.

**Art. 65.** Dit decreet treedt in werking op 1 januari 2019, met uitzondering van artikel 47, 1°, artikel 50 en artikel 52, 7°, die op 1 april 2020 in werking treden.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* wordt bekendgemaakt.

Eupen, 28 mei 2018.

O. PAASCH

De Minister-President,

I. WEYKMANS

De Viceminister-President, Minister van Cultuur, Werkgelegenheid en Toerisme,

A. ANTONIADIS

De Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,

H. MOLLERS

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek,

---

Zitting 2017-2018

Parlementaire stukken: 234 (2017-2018) Nr. 1 Ontwerp van decreet

234 (2017-2018) Nr. 2 Verslag

Integraal verslag: 28 mei 2018 - Nr. 51 Bespreking en aanneming